

Arbeit&Wirtschaft

Land in Sicht

*Ob sich die Wolken verziehen?
Erste Lichtblicke in der Wirtschaft erlauben
einen positiven Blick ins Jahr.*

Wir müssen reden! / 16

Drei Betriebsräte:innen im
großen A&W-Interview

Schon auf Schiene / 26

Besuch beim Bahn-Weltmarktführer
in Niederösterreich

#1



RICHARD SOLDER CHEFREDAKTEUR
SARAH KLEINER CHEFIN VOM DIENST
GRETA STAMPFER ONLINEDERAKTION
THOMAS JARMER ARTDIRECTION & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
SILKE MÜLLER ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER ADMINISTRATION
VANESSA KOVAR REDAKTIONSASSISTENZ

Autor:innen dieser Ausgabe

Jakob-Moritz Eberl, Michael Ertl, Sophia Fielhauer-Resei, Johannes Groß, Magdalena Miedl, Robert Misik, Konrad Mitschka, Milena Österreicher, Christian Resei, Edgar Subak, Daniel Witzani-Haim

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Themenkomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Tel.: +43 1 501 65-0
 akmailbox@akwien.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfl, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien

Herstellungsort Neudörfl

Abonnementverwaltung und Adressänderung

Lukas Huemerlechner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-O, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 3,50 (inkl. Mwst.)
 Jahresabonnement Inland € 18,- (inkl. Mwst.)
 Ausland zuzüglich € 14,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßiges Jahresabonnement € 9,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. OO46655
 ISSN (Print) OOO3-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen:ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen

A&W-Teamleistung: Vertieft ins Gespräch mit drei Betriebsratsmitgliedern sind

Greta Stampfer, Richard Solder, Sarah Kleiner und **Vanessa Kovar** (v. l. n. r.).

Nicht auf dem Bild: Fotograf **Markus Zahradník**, dem das Setting zu verdanken ist.

Und wen wir hier befragt haben, lesen Sie **auf Seite 16!**



Robert Misik und **Thomas Hofer** (r.) eint ihr ausgeprägtes Interesse für Politik.

Der Publizist und der Kommunikationsberater unterhielten sich über Emotionen als politisches Kampfmittel und darüber, wie man als Regierung auch schlechte

Nachrichten gut überbringen kann. Zu lesen **ab Seite 36!**

Schritt für Schritt geht's weiter



RICHARD SOLDER
CHEFREDAKTEUR

Zu kompliziert und langsam, zu kontrollierend, global zu einflusslos, zu bürokratisch: Die Kritikpunkte, die landläufig gegen die EU ausgesprochen werden, sind vielfältig und auch mal widersprüchlich – der Staatenbund muss für vieles herhalten.

Keine Frage, sachliche Kritik ist nicht nur in Ordnung, sondern sogar notwendig. Natürlich geht es darum, die Union zu verbessern. Gerade in den vergangenen Jahren machten Entscheidungsträger:innen von Straßburg bis Brüssel einige Schritte weg von Arbeitnehmer:innen-Interessen, man denke nur an das aufgeweichte Lieferkettengesetz, diverse Omnibus-Pakete usw.

Doch ob von populistischen Parteien oder reißerischen Boulevardblättern: Die Europäische Union wird oftmals auch pauschal als Feindbild verwendet. Das hat dann meist nichts mehr mit objektiver Kritik zu tun.

In der ersten A&W-Ausgabe im Jahr 2026 analysieren wir den Status quo und blicken nach vorne – nicht zuletzt in Form eines Gesprächs mit Betriebsrät:innen aus den unterschiedlichsten Branchen. Auch sie machen deutlich: In dieser globalisierten Welt ist Österreich zu klein, um allein voranzukommen – erst recht, wenn Supermächte in West und Ost ihre eigenen Interessen durchboxen und keinen Deut auf Kooperation geben.

In dieser Ausgabe zoomen wir zudem auf wirtschaftliche Bereiche, die funktionieren, etwa die österreichische Bahn- bzw. Schienenindustrie. Wir holen Menschen und Betriebe vor den Vorhang, die auf Weiterentwicklung setzen; die sich etwa beim Thema Nachhaltigkeit auch angesichts eines globalen Rückschritts nicht den Wind aus den Segeln nehmen lassen.

So, wie sich die wirtschaftliche Lage hierzulande – hoffentlich weiterhin – nach und nach erholt, verfolgen viele nun den Ansatz, Schritt für Schritt weiterzukommen. Auch so kann Großes entstehen, wie das paneuropäische Projekt zeigt: In der Nachkriegszeit wuchs ein gebeutelter Kontinent sukzessive zusammen, indem Staaten auf Zusammenarbeit und Vielfalt setzten.

Heute bilden 450 Millionen Menschen in der EU die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Die Union hat soziale Errungenschaften als Erfolge zu verbuchen sowie das Verbinden von 27 Mitgliedstaaten und 24 Amtssprachen. Das ist nationalistischen Machthaber:innen ein Dorn im Auge. Je stärker wir die EU machen, desto mehr profitieren wir selbst davon – und global gesehen all jene, die die Demokratie hochhalten. ▶



Inhalt

Das Spiel der Höllenhunde	Wie es um die Unabhängigkeit der österreichischen Medien steht	6
Weit mehr als nur „Fake News“	Die KI flutet den Informationskosmos mit Fehlinformation	10
Wie können wir uns gegen Ungleichheit organisieren?	Sara Hassan und Josefa Niedermaier beantworten die große Frage	11
Aus dem Betriebsrat	Konrad Mitschka, ORF-Betriebsrat, über Flexibilität als Wunsch von oben	12
Kurzmeldungen	News aus der Gewerkschaftsbewegung	13

FOKUS

Neue Perspektiven

Wir müssen reden!	Drei Betriebsrät:innen aus unterschiedlichen Branchen im Interview	16
Dezentes Aufatmen	Prognosen versprechen eine leichte Erholung für Österreichs Wirtschaft	22
Was sich 2026 ändert	Die wichtigsten Neuerungen für Arbeitnehmer:innen auf einen Blick	24
Industrie mit vollen Zügen	Lokalaugenschein bei TSA, einem Bahn-Weltmarktführer aus Österreich	26
Kleine Rebellion fürs Klima	Wie die Belegschaftsvertretung am AIT-Institut für Klimaschutz eintritt	30

Blitzlichter	Welche Themen beschäftigen den Betriebsrat derzeit?	34
„It's the mood, stupid!“	Kommunikationsberater Thomas Hofer im Gespräch über die „Emokratie“	36
Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit	Frauenrechtlerin wider Willen: Porträt der Sozialistin Käthe Leichter	40
Omar pocht auf sein Recht	Der Verein UNDOK begleitet Menschen, die undocumented arbeiten	42
Weiterbildung	Aktuelle Bildungsangebote	44
A&W-Blog	Wissenswertes aus dem A&W-Blog	45
Wir fordern	Michael Ertl und Daniel Witzani-Haim (AK) über die Frage des Wohlstands	46





Lesen Sie gerne?

Nein!

Ja!

Interessieren Sie sich
für Politik, Wirtschaft und
Gesellschaft?

Keine Sorge!
Auf unserem Instagramaccount
@aundwmagazin gibt es Videos.

Ja, aber mir fehlt in anderen
Medien oft die Perspektive
der Arbeitnehmer:innen.

Na klar! Ich glaube fest
daran, dass der freie Markt
schon alles richten wird.

Dann brauchen Sie
unseren Perspektivenwechsel!

Dann ist Ihnen nicht
mehr zu helfen.



Abonnieren Sie die
Arbeit&Wirtschaft Abendpost
und erhalten Sie **jeden Mittwoch**
die aktuellen Beiträge
unserer Online-Ausgabe.



Nein, viel zu kompliziert!

Stimmt nicht!
Wir brechen die Inhalte so runter,
dass sie alle verstehen.

Mittwoch

A&W



Das Spiel der Höllehunde

Neben einer ausgewachsenen ökonomischen Krise und dem Versuch politischer Einflussnahme durch Inserate graben Digitalriesen ihnen das Wasser ab: Wie es um die Unabhängigkeit österreichischer Medien steht.

TEXT JOHANNES GRESS



Es ist nur eine kleine Infobox, aber die setzt Österreichs Onlinemedien erheblich zu: Im Oktober 2025 startete Google in Österreich seinen „KI-Modus“. Eine schriftliche Zusammenfassung thront seither bei Suchanfragen über der Liste an Links. Die Folge: Google-Nutzer:innen begnügen sich oftmals mit der KI-generierten Übersicht, klicken weniger auf Links zu Nachrichtenseiten, deren Zugriffe – und damit Werbeeinnahmen – seither einbrechen. Laut Studien generieren Onlineportale seit dem Launch von „AI Overview“ (Google) durchschnittlich um ein Drittel weniger Traffic, was diese viel Geld kostet.

Die Entwicklung unterstreicht die Fragilität der österreichischen Medienbranche: „Big Tech“ ist nur eine von vielen Bedrohungen für ihre Unabhängigkeit.

Medien gelten als zentraler Teil der „Infrastruktur der Demokratie“ – nur gut informierte Bürger:innen können fundierte Entscheidungen treffen. Medien sollen Politik und Staat auf die Fingerschauen, Missstände aufdecken und bestenfalls präventiv gegen Korruption, Postenschacher und Steuergeldverschwendungen wirken. Können sie diese Funktion nicht mehr erfüllen, ist auch die demokratische Öffentlichkeit in Gefahr.

Konzentrierter Markt

Der österreichische Mediensektor weist eine im europäischen Vergleich hohe wirtschaftliche Konzentration und geringe Vielfalt auf. Zwar gibt es hierzulande durchaus qualitativ hochwertigen Journalismus und Redaktionen, die sich – unter widrigen Bedingungen – mit den Mächtigen im Land anlegen sowie Misswirtschaft und Korruption aufdecken. Doch neben dem von Bürger:innen finanzierten ORF dominieren Österreichs Öffentlichkeit im Wesentlichen Medien, die von einigen wenigen vermögenden Familien und Konzernen oder der katholischen Kirche kontrolliert werden. Abgesehen von Wien sind die Bundesländer von Tageszeitungsmonopolen geprägt, der Boulevard hierzulande ist so mächtig wie in kaum einem anderen europäischen Land.

Verschärft wird diese Situation durch Monopole im digitalen Raum. Die meisten Zugriffe erhalten Medien über Plattformen wie Google, TikTok, Instagram oder X (vormals Twitter). Diese befinden sich allesamt in den Händen von Oligarchen und fungieren als „Supra-Gatekeeper“: Was dort nicht aufscheint, hat kaum eine Chance, ins öffentliche Bewusstsein vorzudringen.

Diese Digitalkonzerne folgen einer profitorientierten Logik, kritisiert Leonhard Dobusch, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Innsbruck und Mitglied des ORF-Stiftungsrats. Emotionalisierung, Polarisierung, Radikalisierung und extreme Inhalte generieren Aufmerksamkeit, Klicks und damit Geld. Journalistische Qualität oder ein demokratischer Mehrwert spielen für das Geschäftsmodell der Digitalriesen eine untergeordnete Rolle. Wie das Beispiel X zeigt, können Milliardäre wie Elon Musk auch gleich



Eigentümer:innen seien in der Lage, via Personalentscheidungen Kontrolle über Medien auszuüben, erklärt Medienexperte und ORF-Stiftungsrats-Mitglied Leonhard Dobusch.

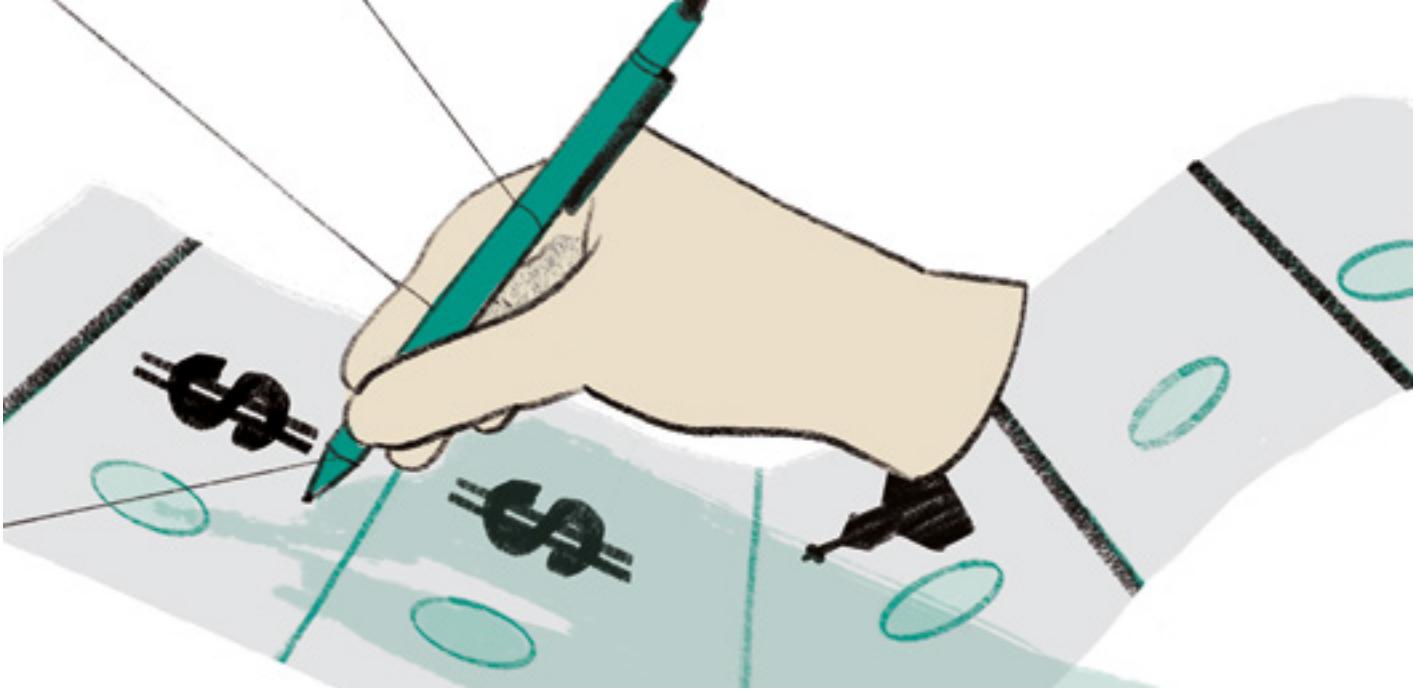
ganze Plattformen kaufen und nach ihren eigenen (auch rechts-extremen) Vorstellungen gestalten. Demokratiepolitisch ist das ein Problem, denn „in Österreich gibt es kaum eine reichweitenstarke digitale Öffentlichkeit, die nicht käuflich ist“, kritisiert Dobusch. Medien stehen vor der Wahl: Sie folgen den Spielregeln der Tech-Giganten oder riskieren, im öffentlichen Diskurs unterzugehen.

Sprachrohr der Reichen?

Doch nicht nur internationale Tech-Konzerne bedrohen die Unabhängigkeit von Redaktionen. Die ausgewachsene Krise der österreichischen Medien ist im Wesentlichen hausgemacht. Da sind zum einen die Interessen der Medieneigentümer:innen: „Natürlich ist es nicht so, dass der Eigentümer direkt den einzelnen Redakteur anruft“, sagt Dobusch. Entscheidend sei die „Personalhoheit“. Eigentümer:innen bestimmen im Regelfall Herausgeber:in und Chefredaktion eines Mediums. „Das reicht für massiven Einfluss.“

Diesen Eindruck untermauert eine Analyse der Universität Linz (JKU) von 62 Haushalten mit einem Vermögen jenseits der 500 Millionen Euro. „Durch die Finanzierung oder den Besitz von Medienunternehmen“ könnten vermögende Haushalte „gesellschaftlichen Einfluss“ zu ihren Gunsten ausüben, heißt es in der Studie vom Oktober 2024. Insbesondere die „prekäre finanzielle Lage vieler Medienunternehmen [kann] zu einer Abhängigkeit von ihren Eigentümern führen“, heißt es in den Forschungsergebnissen. Und dadurch würde etwa indirekt die Berichterstattung über Themen wie extreme Vermögenskonzentration beeinflusst werden.

Eine ähnliche Logik greift bei Inseratenkund:innen: Besonders der Lebensmittelhandel scheint verstanden zu haben, wie man sich



Ärger erspart. Spar, Rewe, Hofer und Co. zählen zu den größten Inseratenkund:innen des Landes und machen bei manchen Medien bis zu 50 Prozent des Werbevolumens aus. Die Investigativplattform DOSSIER berichtete 2020 über „vorauselenden Gehorsam“ mancher Redaktionen gegenüber den Handelsriesen. Dobusch spricht von „subtilen Mechanismen“, finanzielle Abhängigkeiten würden eine „Schere im Kopf“ begünstigen. Wer Inseratenkund:innen nicht vergraulen will, ist mit Kritik womöglich etwas sparsamer – ob bewusst oder unbewusst.

Laut einer Analyse des Medien-Watchblogs Kobuk berichten etwa die großen Boulevardblätter des Landes „auffällig positiv“ über Supermarktketten. In den Blättern der Fellner-Mediengruppe „gab es 2023 keinen einzigen von 81 gedruckten Artikeln, in denen Supermärkte namentlich genannt wurden, der auch nur ansatzweise kritisch war“, schreibt Kobuk.

Eine Studie der JKU zu „medienökonomischen Perspektiven auf die vierte Gewalt in Österreich“ sieht darin ein systemisches Problem. In der Tendenz stehen privatwirtschaftliche, profit-orientierte Medien dem Ideal der „Infrastruktur demokratischer Öffentlichkeit“ entgegen. „Sie neigen dazu, Machtverhältnisse zu stabilisieren, und tragen somit zu einer Einschränkung der demokratischen Prozesse bei“, so die Studienautor:innen.

Eine toxische Beziehung

Beim Verhältnis zwischen Medien und Politik greift eine ähnliche Logik: Man beißt nicht die Hand, die einen füttert. Der ÖVP-Politiker und ehemalige Nationalratsvorsitzende Wolfgang Sobotka sagte einst in der Oe24-Talkshow „Fellner Live“ ganz unumwunden: „Na ja, Sie kennen das G’schäft ja, fürs Inserat gibt’s ein Gegengeschäft, oder?“

Auch Sobotkas Parteikollege und Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz soll das Geschäft gekannt haben. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt seit 2021 wegen

Untreue, Bestechung und Bestechlichkeit. Der Verdacht: Kurz und sein engster Kreis sollen Jubelumfragen beauftragt, die Mediengruppe Österreich die Ergebnisse veröffentlicht und dafür Hunderttausende Euro an Steuergeld in Form von Inseraten kassiert haben. Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft laufen bis heute, für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

Eine Erhebung eines Forscher:innenteams der Universität Wien und der Universität Freiburg (Schweiz) scheint den Verdacht der WKStA zu untermauern. Es wertete 222.000 Nachrichtenartikel aus 18 österreichischen Medien im Zeitraum 2012 bis 2021 aus. Ergebnis: Nach mutmaßlichen Inseratendeals mit Oe24 wurde Kurz „erheblich häufiger erwähnt, als dies ohne politische Einflussnahme statistisch zu erwarten gewesen wäre“. Der Ton gegenüber der politischen Konkurrenz sei hingegen negativer geworden.

Das „Geschäft“ zwischen Politik und Boulevard hat in Österreich seit Jahrzehnten Tradition. Bereits Anfang der 2000er-Jahre machte sich SPÖ-Politiker Werner Faymann als „Inseratenkanzler“ einen Namen, indem er sich mit seiner Inseratenpolitik das Wohlwollen des Boulevards erkaufte.

Dass sich das zahlreiche Politiker:innen zum Vorbild nahmen, lässt sich auch am öffentlichen Werbevolumen ablesen: Just im Quartal vor Wahlen steigen die Werbeausgaben von Ministerien und öffentlichen Stellen für gewöhnlich exorbitant an. Wohlgerne handelt es sich dabei um Steuergeld und nicht um das Wahlkampfbudget politischer Parteien, weshalb Regierungsinserate in Wahlkampfzeiten in Deutschland seit 1977 verboten sind – nicht so in Österreich, wodurch sich über die Jahre das System der gegenseitigen Abhängigkeit etablieren konnte.

Was es bedeutet, dieses System infrage zu stellen, bekommt derzeit Medienminister Andreas Babler (SPÖ) zu spüren. Er kündigte an, die Medienförderung auf neue Beine zu stellen, öffentliche Werbegelder sollen zukünftig an Qualitätskriterien geknüpft sein und nicht nach Gutsherrenart vergeben werden können. Dass nun seit Monaten Negativschlagzeilen über den Vizekanzler im Bou-

levard dominieren, werten verschiedene Kommentator:innen als Kampagne, um am bestehenden System festzuhalten. Und laut Recherchen des Investigativmagazins DOSSIER kann der Boulevard zur Durchsetzung seiner Interessen sehr weit gehen. DOSSIER berichtete im Jahr 2022 von Politiker:innen, die sich darüber beklagten, der Boulevard würde „Schutzgeld“ erpressen. Er sei wie ein „Höllenhund, der gefüttert werden will“.

Kündigungen quer durch die Branche

Finanzielle Abhängigkeiten und die mangelnde Vielfalt wirken sich auch auf die Arbeitsbedingungen in den Redaktionen negativ aus: weniger Zugriffe, weniger Abos, weniger Werbeeinnahmen – die ökonomische Krise der etablierten Medienhäuser in Österreich wächst rasant. Gespart wird auch beim Personal: Laut Schätzungen der Gewerkschaft GPA haben allein vergangenes Jahr 300 Journalist:innen ihren Job verloren. Betroffen sind klassische Printmedien, Onlinemagazine, Radio- und TV-Anstalten – „das geht quer durch die Branche“, warnt Ute Groß, Vorsitzende der Journalist:innengewerkschaft in der GPA.

Der Personalabbau hat Folgen für die Qualität der Berichterstattung. Die ohnehin schon hohe Arbeitsbelastung verteilt sich auf noch weniger Schultern oder wird an freie Journalist:innen ausgelagert. Die Situation Letzterer ist seit jeher prekär, laut dem Deutschen Journalismusverband (DJV) verdienen Freiberufler:innen in Deutschland im Schnitt 1.600 Euro netto pro Monat – in Österreich dürfte die Situation kaum besser sein. Egal ob frei oder fix angestellt: Unter diesen Bedingungen bleibt für aufwendige Recherchen und Reportagen, für tiefgründige Analysen kaum Zeit. Damit fallen genau jene Inhalte weg, für die Leser:innen bereit sind zu bezahlen – und jene Instrumente, die es braucht, um die Mächtigen im Land zu kontrollieren.

Leonhard Dobusch fasst die Problematik zusammen: „Es gibt keine unabhängigen Medien.“ Alle seien – bis zu einem gewissen Grad – von politischen Akteur:innen, Eigentümer:innen, Abonent:innen und Inseratenkund:innen abhängig. Ein gangbarer Weg bestehe für Dobusch darin, diese Abhängigkeiten möglichst zu „diversifizieren“. Eine funktionierende Medienöffentlichkeit brauche einen ausgewogenen Mix aus privatwirtschaftlichen, öffentlich-rechtlichen und gemeinwohlorientierten Medien. „Problematisch wird es immer dann, wenn in der Medienlandschaft eine Form der Abhängigkeit dominiert“, so Dobusch.

Damit Medien ihrer Rolle als demokratische Infrastruktur wahrnehmen können, brauche es zudem digitale öffentliche Räume, die abseits von Profitlogiken und nach demokratischen Maßstäben funktionieren. Vorbilder gebe es genug, etwa Wikipedia oder die Social-Media-Plattformen Mastodon und Bluesky.

Seit fast drei Jahren arbeiten ARD, ZDF, ABC (Australien), CBC/Radio Canada, RTBF (Belgien) und SRG SSR (Schweiz) mit



„Medien brauchen jetzt Unterstützung“ – ansonsten drohe vielen das Aus, warnt Ute Groß, Vorsitzende der Journalist:innengewerkschaft bei der GPA.

Wissenschaftler:innen am Projekt „Public Space Incubator“. Die Idee: Öffentlich-rechtliche Medien sollen ihre Inhalte auf eigenen Plattformen ausspielen, die nach ihren eigenen Regeln und Interessen funktionieren – und sich damit unabhängiger von Google, Facebook und Co. machen. Der ORF ist nicht Teil des Programms, weil rechtliche Voraussetzungen fehlen.

„Rettet den Journalismus“

Auch im Medienministerium scheint man sich der Dramatik der Situation bewusst zu werden. Im Herbst 2025 wurde eine Studie in Auftrag gegeben, die als Grundlage einer radikalen Reform der Medienförderung dienen soll. Ergebnisse werden voraussichtlich im Frühjahr vorliegen. Gewerkschafterin Groß begrüßt die Initiative, warnt jedoch: „Wir brauchen jetzt Unterstützung – sonst erlebt manches Medienunternehmen das Studienergebnis vielleicht gar nicht mehr.“

Unter dem Motto „Rettet den Journalismus“ forderten GPA und der Presseclub Concordia bereits im Oktober sofortige Maßnahmen, etwa eine Vertriebsförderung für Zeitungen in Höhe von 25 Millionen Euro, die steuerliche Absetzbarkeit einer Zeitung pro österreichischen Haushalt und die Erhöhung der Journalismusförderung durch eine Anhebung der Digitalsteuer von 5 auf 7 Prozent.

Eine bessere Finanzierung, unabhängige Digitalplattformen, eine Entflechtung politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeiten: Von all dem könnten die Qualität journalistischer Arbeit, Leser:innen und Bürger:innen – und nicht zuletzt die Demokratie – profitieren. ▶

Weit mehr als nur „Fake News“

Falsch- und Desinformation sind längst keine Nischenphänomene mehr, sondern fixer Bestandteil der digitalen Informationsinfrastruktur geworden. Sie einzudämmen erfordert entschiedenes politisches Handeln.

Wenn heute über Falschinformation gesprochen wird, richtet sich der Blick allzu oft auf anonyme Websites, dubiose Social-Media-Accounts oder geheime Trollfabriken im Ausland. Doch diese Perspektive greift zu kurz. Das eigentliche Problem liegt heute nicht mehr am Rand, sondern im Zentrum politischer und technologischer Macht. Falsch- und Desinformation (also unbewusst oder bewusst verbreitete falsche Inhalte) sind nicht mehr die Ausnahme. Sie gehören inzwischen zur Funktionsweise der Systeme, über die wir täglich Informationen erhalten.

Die Fixierung auf das Äußere und Anonyme verkennt, dass demokratische Öffentlichkeiten in Europa zunehmend von oben unter Druck geraten. Ein großer Teil wirkmächtiger Desinformation entsteht nicht in obskuren Online-Nischen, sondern durch politische Eliten – und durch ihre Wirkung auf privat kontrollierte Kommunikationsinfrastrukturen. Ein Beispiel hierfür ist Elon Musk, der als Eigentümer von „X“ (vormals „Twitter“) wiederholt Verschwörungserzählungen aufgegriffen, Desinformation relativiert und zugleich Regeln zur Moderation von Inhalten auf der eigenen Plattform abgeschwächt hat. Dabei darf nicht übersehen werden: Wenn einzelne Milliardäre über Plattformen mit enormer Reichweite verfügen, ihre demokratiefeindlichen Ideologien offen vertreten

und Verschwörungsmythen verbreiten oder relativieren, dann ist dies eine strukturelle Verschiebung politischer Macht.

Diese wird durch generative künstliche Intelligenz nun noch massiv verstärkt – nicht, weil die KI per se „lügt“, sondern weil sie das Erstellen und Verbreiten künstlicher Inhalte automatisiert, also Inhalte erzeugt, die formal plausibel wirken, aber nicht aus überprüfbarer Wirklichkeit, sondern aus statistischen Mustern entstehen.

KI-Systeme werden zunehmend direkt in Plattformen und Suchmaschinen integriert, oft ohne echte Wahlmöglichkeit für Nutzer:innen. Dadurch werden Informationsökosysteme zunehmend „enshittifiziert“ – also systematisch in Qualität, Transparenz und Nutzbarkeit verschlechtert. Qualität und Einordnung

treten in den Hintergrund. Von Expert:innen geprüfte Informationen werden nicht widerlegt, sondern von massenhaftem KI-Inhalt überdeckt. So entsteht ein Informationsraum, in dem Orientierung verloren geht. Ein Beispiel dafür sind die oftmals falschen KI-Zusammenfassungen bei Google-Suchen, die weitere Recherche ersetzen, obwohl geprüfte Informationen verfügbar wären.

KI vermittelt dabei nicht neutral, sondern verstärkt bestehende Macht- und Interessenlagen – derzeit vor allem die Interessen von Akteur:innen mit demokratiefeindlichen Zielen. Wenn diese Plattformregeln lockern, Moderation abbauen und kontrollieren, welche Informationen sichtbar werden, wird Desinformation nicht nur verbreitet, sie wird strukturell zementiert.

Präventive Ansätze wie mehr Medienkompetenz können helfen, die kritische Urteilskraft von Bürger:innen zu stärken. Entscheidend ist aber, Information wieder als öffentliches Gut zu verstehen, das geschützt werden muss. Das erfordert Eingriffe auf der Ebene digitaler Infrastrukturen, klare Verantwortlichkeiten politischer Eliten und öffentlich finanzierte Alternativen zu privaten Plattformen. Ohne diesen Mut bleibt Medienkompetenz ein notwendiges, aber strukturell überfordertes Korrektiv – und die demokratische Öffentlichkeit bleibt dauerhaft unter Druck. ▶



JAKOB-MORITZ EBERL

forscht als Kommunikationswissenschaftler an der Universität Wien zu Politik, Medien und Demokratie.

Wie können wir uns gegen Ungleichheit organisieren?

Zuallererst muss man das Problem als solches erkennen – damit fängt alles an. Ungleichheit funktioniert in diversen Settings so effektiv, weil sie als gegeben präsentiert wird, nach dem Motto: „Es geht halt nicht anders.“ Dabei ist Ungleichheit alles andere als ein Naturgesetz. Und damit wären wir schon bei einer Strategie: die angebliche Alternativlosigkeit infrage zu stellen. Sie führt zur Beschäftigung damit, wie Ungleichheit im eigenen Alltag überhaupt hergestellt wird. Wie werden gewisse Gruppen gegen andere ausgespielt, damit zum Beispiel weniger Lohn ausgezahlt werden muss? Und – wenn ich das erkannt

habe – welche Hebel kann ich dagegen in Bewegung setzen? Ein Beispiel sind die eigenen Rechte. Sie zu kennen bedeutet, Ungleichheit etwas entgegensemzen zu können – und zwar mit Mitteln, die über das Hier-stimmt-etwas-nicht-Bauchgefühl hinausgehen. Das bedarf Übung, aber die gute Nachricht ist: Es lässt sich lernen. Und es bringt uns zu einer ungemütlichen Praxis: Solidarität. Ungleichheit zu benennen, sei es in großer oder kleiner Runde, ist oft unbequem. Aber noch unbequemer – am Ende für uns alle – ist es doch, tatenlos zuzuschauen, wie die Gesellschaft durch ungerechte Bedingungen gespalten wird.



SARA HASSAN AUTOR:IN & JOSEFA NIEDERMAIER LEKTORIN

Neues Buch: „WER GEGEN WEN?“ (ÖGB-Verlag)

A runde G'schicht

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten schleichen sie sich ein, die Forderungen der Vorgesetzten: Nach zehn erfolgreichen Jahren dieselbe Arbeit machen, aber künftig halt mehr Stunden fürs selbe Geld? Nach dreißig Jahren eine Kündigung mit Angebot zum Weitermachen, wenn denn der schlechter bezahlte Job übernommen wird? Unbezahlt in den Feiertagen kleine Arbeitsleistungen für die kriselnde Firma erledigen? Ein paar Minuten – vielleicht auch Viertelstunden – werden sich doch bitte finden lassen!

Der Druck, den Führungskräfte ausüben, nimmt viele Formen an, die Reaktion auf Kritik lautet oft gleich: „Da müsst ihr flexibel sein!“ Klingt doch immer gut, so nach moderner Arbeitswelt, nach Anpassungsstärke.

Manchmal muss es sein. Tausende Betriebsrät:innen machen bei der Forderung nach mehr Flexibilität auch mit, selbst wenn's wehtut. Ein Land in der Pandemie? Klar, Kurzarbeit ist kein Problem. Eine Branche in der Krise? Okay, der KV wird aufgeschnürt. Sparzwang im ORF? Na sicher, da braucht es wieder – zähneknirschend – einen KV-Abschluss unterhalb der Inflationsrate, wie in den vergangenen Jahren so oft im Unternehmen. Das Wichtige ist allerdings: Alle müssen mithelfen, alle verzichten bzw. verändern sich gleicher-

maßen, oben und unten derselbe Schmerz – die Nulllohnrunde für Spitzenführungs-kräfte muss inklusive sein.

Was nicht geht, aber leider oft genug vorkommt, ist, dass Führungskräfte mit „flexibel“ immer nur die anderen in der Belegschaft meinen; dass die Management-Aussage kein verhandelbares Anliegen, sondern ein Anschaffen ist – so nach dem Motto: „Nur die da unten müssen sich ändern.“ Da gilt es für Betriebsrät:innen, sich in Erinnerung zu rufen, was flexibel eigentlich heißt. Vom lateinischen „flectere“ kommend, bedeutet es, fähig zur runden Wendung zu sein. Und da wird man unterscheiden müssen: Beugsam sein ist nichts für Menschen, die ernsthaft andere vertreten wollen. Und wer andere buckeln sehen möchte, gehört angeprangert und weder ernstgenommen noch hochgeschätzt.

Flexibilität als „runde G'schicht“ ist eine Fähigkeit, die im Arbeitsalltag zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen nur gemeinsam ausgeübt werden kann, nämlich so, dass man vertretbare Anpassungen verhandelt. Und für die gilt, was bei Änderungen letztlich immer gilt – und woran man die Arbeitgeber:innenseite offenbar immer wieder aufs Neue erinnern muss: Eine wirksame Änderung beginnt bei einem selbst und nicht mit einem als Wunsch getarnten Befehl an andere. ▶



KONRAD MITSCHKA

arbeitet als Journalist im Public-Value-Kompetenzzentrum des ORF und ist Betriebsratsmitglied im Bereich Generaldirektion.



Großbritannien: Klage gegen McDonald's

Mehr als 700 ehemalige Beschäftigte des Fastfood-Riesen setzen sich zur Wehr: In den verschiedenen Filialen von McDonald's UK soll es häufig zu geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigungen gekommen sein. Die Kläger:innen waren zum Zeitpunkt ihrer Tätigkeit für den Konzern 19 Jahre oder jünger. Aufgekommen sind die Vorwürfe erstmals nach Berichten der Rundfunkanstalt BBC, unterstützt wird das Vorgehen von mehreren britischen Gewerkschaften.



Wussten Sie ...

... dass altersgemischte Arbeitsteams erfolgreicher arbeiten? Für den Hernstein Management Report wurden 1.600 Führungskräfte und Unternehmer:innen dazu befragt. Das Ergebnis: Erfahrung und Stabilität älterer Beschäftigter in Kombination mit frischen Ideen der jüngeren machen Unternehmen effizienter.

Mercosur trotz Widerstand beschlossen

Nach 25 Verhandlungsjahren wurde die Freihandelszone zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay zu Jahresbeginn abgesegnet. Sie verspricht geopolitische Vorteile, lässt jedoch zentrale Punkte offen: In Europa drohen Druck auf Standards, Jobs und Umwelt. ÖGB, AK und zivilgesellschaftliche Organisationen warnen vor Risiken, die bedeutender sein könnten als die erhofften positiven wirtschaftlichen Effekte. Eine rechtliche Überprüfung des Abkommens durch den EuGH steht noch aus.



In Österreich machten im Jahr 2024 vermögensbezogene Steuern weniger als 1 Prozent der gesamten Steuer- und Abgabeneinnahmen aus! In kaum einem anderen EU-Land ist Vermögen so ungleich verteilt wie in Österreich.

Ein Plan für die Industrie

Die Bundesregierung präsentierte im Jänner die Industriestrategie bis 2035. Zentrale Punkte sind etwa Investitionen in neun Schlüsseltechnologien und ein subventionierter Industriestrompreis ab kommendem Jahr. Alle 114 geplanten Maßnahmen finden Sie [hier](#):



FOKUS

Neue Perspektiven

Turbulente Jahre liegen hinter den Österreicher:innen. Viele spüren den Druck durch Teuerung und Wirtschaftsflaute mehr denn je. 2026 könnte sich laut Prognosen ein leichter Aufwärtstrend verstärken, aber holt uns das aus der Krise? Wie Arbeitnehmer:innenvertretung und Betriebe auch in schwierigen Zeiten konstruktiv wirken können.



Wir müssen reden!

- 16** Geopolitik, Klimawandel, Digitalisierung: Es gibt kaum ein Thema, das nicht auch den Betriebsrat betrifft. Wie drei Belegschaftsvertreter:innen mit der volatilen Weltlage umgehen und was die Beschäftigten in ihren Branchen bewegt, hat A&W im großen Interview erfahren.

Dezentes Aufatmen

- 22** Ein Blick ins Jahr: Die Konjunktur erholt sich langsam, die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute sind vorsichtig positiv. Damit sich die Lage weiter verbessern kann, braucht es jetzt die richtigen politischen Akzente auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem.

Was sich ändert

- 24** Wie kann ich eine Weiterbildung erhalten? Wie viele Überstunden müssten mir ausbezahlt werden? Betriebsrät:innen sind oft die erste Anlaufstelle bei solchen Fragen. Für die kompakte Beratung haben wir wichtige Kennzahlen und nützliche Quellen zusammengetragen.

Industrie mit vollen Zügen

- 26** Die Bahn ist für die sozialökologische Transformation die Schlüsseltechnologie. Dass in dem Sektor noch viel mehr Potenzial für Konjunktur und Umwelt schlummert, zeigen die Wissenschaft und ein Besuch beim Branchenführer Traktionssysteme Austria in Niederösterreich.

Kleine Rebellion fürs Klima

- 30** Weltweit bröckelt der politische Rückhalt für Umweltschutz zugunsten des Wirtschaftswachstums. Dass das an der Klimakrise nichts ändern wird, wissen zwei Betriebsrät:innen des Austrian Institute of Technology nur zu gut. Sie nutzen ihre Rolle für mehr Klimaschutz amAIT.

Wir müssen reden!



Geopolitik, Klimawandel, Digitalisierung: Was Betriebsrät:innen und ihre Kolleg:innen derzeit bewegt, hat Arbeit&Wirtschaft im großen Interview mit drei Belegschaftsvertreter:innen erfahren.

INTERVIEW A&W-REDAKTION

Treffen sich ein Schlosser, eine Statistikerin und eine Biologin in der ÖGB-Zentrale: Was wie der Anfang eines Witzes klingt, ist die Ausgangssituation für ein ernstes und aufrichtiges Gespräch gewesen. Dietmar Breiner, Judith Falkinger und Marion Polaschek sind überzeugte Betriebsrät:innen mit langjähriger Erfahrung. Breiner ist beim Unternehmen Ardo Austria Frost in Niederösterreich beschäftigt, das Tiefkühllebensmittel herstellt, Falkinger ist bei der Statistik Austria und Polaschek an der Universität Wien tätig. Was die drei und ihre Belegschaft umtreibt, geht aber über die Grenzen des Betriebs und auch die Österreichs hinaus.

Arbeit&Wirtschaft: Die Prognosen zeigen eine leichte wirtschaftliche Verbesserung für Österreich. Was bräuchte es aus Ihrer Sicht jeweils, damit es für das Land weiter bergauf geht?

Judith Falkinger: Wir brauchen eine Preisregulierung für relevante Güter. Die Inflation ist für Beschäftigte noch immer ein Riesenthema. Lebensmittel, Energie, Mieten: Da passiert zwar schon etwas, aber das sind noch immer die großen Inflationstreiber.

Viele Mitarbeiter:innen können sich de facto keine Restaurantbesuche mehr leisten. Und auch das ist ein Indikator, der anzeigt, dass es jemandem wirtschaftlich schlecht geht.

Dietmar Breiner: Energie ist bei uns ein Riesenthema, auch im Unternehmen. Wir verbrauchen für die Kühlung der Lebensmittel sehr viel Energie, und die ist derzeit einfach zu teuer. Genauso das tägliche Leben: Mein Betrieb produziert für den Handel, und wir sehen, dass der im großen Stil abkassiert. Die Erzeuger:innen verdienen fast nichts mehr. Und dann der Österreich-Zuschlag: Wir produzieren auch für andere EU-Länder Nahrungsmittel, und dort kann man die Produkte billiger verkaufen als im Inland. Den Zuschlag gab es schon immer, aber jetzt ist er viel spürbarer.

Marion Polaschek: Ich finde es bei allen Schwierigkeiten auch wichtig, dass man mehr positive Perspektiven in die Gesellschaft bringt. Die Leute sind verunsichert. Sie trauen sich auch eher weniger zu machen, zu konsumieren, zu reisen, und das hemmt wiederum die Wirtschaft. Da wird die Botschaft von 1 Prozent mehr Wirtschaftswachstum psychologisch wenig bewirken.

Stichwort Kommunikation: In der Herbstlohnrunde waren Kompromisse notwendig. Wie geht man als Betriebsrat damit um?

Falkinger: Die wirtschaftliche Lage ist, wie sie ist, und es wird auch dauern, bis sie sich wieder einrenkt. Der Kernpunkt ist aber: Man muss kommunizieren, und zwar so, dass die Leute es verstehen – das gilt für den Betriebsrat, die Gewerkschaft und auch die Bundesregierung.

Polaschek: Ich komme aus einem Betrieb, der an sich sehr konservativ ist. Da wird oft paternalistisch kommuniziert. Aber genau das kommt ganz schlecht bei den Leuten an, wenn man ihnen zu verstehen gibt: Ihr müsst da gar nicht darüber nachdenken – wir machen das schon.

Das Thema Klimaschutz droht zugunsten des Wirtschaftswachstums unter die Räder zu kommen. Herr Breiner, Ardo Austria Frost ist in der Landwirtschaft tätig. Welche Rolle spielt der Klimawandel in Ihrem Betrieb?

Breiner: Wasser ist ein großes Thema geworden, das merken wir. In Österreich haben wir da aber auch ein Riesenglück: Wir beziehen das Gemüse und Obst aus dem



Drei Betriebsräte:innen am Wort: Dietmar Breiner,
Judith Falkinger und Marion Polaschek (v. l. n. r.)
wissen, was Arbeitnehmer:innen beschäftigt.

Judith Falkinger studierte Soziologie und Anglistik und war lange als Projektleiterin im Bereich Marktforschung und Statistik tätig. Seit 2020 ist sie Betriebsratschefin in der Statistik Austria.

Marchfeld, wir bewirtschaften in Zusammenarbeit mit Hunderten Landwirt:innen über 3.000 Hektar. Und der Konzern kann bis zu 100 Prozent dieser Flächen bewässern. Nur, wie lange wird das noch gehen? Durch andere Anbauverfahren und Sorten brauchen wir heute nicht einmal mehr ein Drittel der Wassermenge, die wir früher gebraucht haben. Also wir haben schon viel eingespart.

Polaschek: Der Klimawandel ist kein Nischenthema, er betrifft uns alle. Denken wir an die Überschwemmungskatastrophe von 2024 – so was kann jederzeit wieder kommen.

Falkinger: Und dann gibt es auch noch die finanzielle Seite: Wenn wir die Klimaziele nicht erreichen, dann zahlen wir für die Folgen der Erderwärmung und dazu noch Strafen in Milliardenhöhe.

Frau Polaschek, der Bereich Bildung ist einer der wenigen, in die investiert wird. Ist das ausreichend?

Polaschek: Bildung darf man nicht isoliert auf einer Ebene betrachten. Es handelt sich um eine Biografie: Sie beginnt mit der Elementarpädagogik und endet – bei manchen – in der tertiären Bildung. An den Universitäten bemerken wir zunehmend Lücken bei den Kompetenzen der Studierenden – etwa fehlende Grundlagen wie Prozentrechnen, und das trotz Matura.

Eine zusätzliche Forschungsmilliarde ist erfreulich für die Universitäten, aber wenn das Bildungssystem nicht als Ganzes gestärkt wird, leidet jeder einzelne Teil darunter. Ich wünsche mir, dass man sich bei jeder politischen Maßnahme überlegt, ob sie auch eine Bildungsmaßnahme nach sich ziehen muss. Wenn die Regierung



neue Schwerpunkte bei Kompetenzen festlegt, dann müssen oft auch Curricula an den Universitäten geändert werden. Das ist nicht kostenneutral, aber die Finanzierung wird meistens nicht mitgedacht.

Falkinger: Als meine Kinder ins Gymnasium gekommen sind, hat mich schockiert, dass sich die letzten 35 Jahre nichts verändert hat. Ich mache gerade die Ausbildung zur Erwachsenenbildnerin. Wir lernen dort moderne Methoden, wie wir Betriebsrät:innen mit den besten Tools schulen. Es wundert mich, dass die Erwachsenenbildung moderner aufgestellt ist als die öffentlichen Schulen.

Breiner: Viele Menschen glauben, dass in Österreich jede:r alles werden kann, aber das ist nicht der Fall. Das fängt eigentlich schon im Kindergarten an, wo manche Kinder bessere Chancen haben als andere. In der Arbeiter:innenfamilie müssen die

Eltern arbeiten gehen und haben weniger Zeit, die Kinder schulisch zu fördern. Daraum sind Ganztagschulen so wichtig – für echte Chancengleichheit.

Frau Falkinger, welche Rolle spielt eine unabhängige Statistikanstalt für die Demokratie?

Falkinger: Eine ganz wesentliche. Deshalb sehe ich es mit Sorge, dass bei der Statistik Austria die Finanzierung nicht gesichert ist. Wir haben die vergangenen 20 Jahre fast keine finanzielle Budgeterhöhung bekommen – bei gleichbleibenden bzw. mehr Aufgaben und höheren Personalkosten. Wir sind die Institution, die eine verlässliche Datenbasis für den Staat, für jede politische Entscheidung produziert. Und belastbare Zahlen müssen die Basis sein, um Politik zu machen und um gesellschaftliche Diskussionen zu führen.



Marion Polaschek ist ausgebildete Biologin und stv. Betriebsratsvorsitzende an der Universität Wien. Die Vorsitzende der Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion ist Mitglied im Vorstand und Bundesvorstand des ÖGB.

US-Präsident Trump entließ die Chefin des US-amerikanischen Amtes für Arbeitsmarktstatistik, weil ihm dessen Zahlen nicht passten. Der Kommunikationsberater Thomas Hofer spricht von einer „Emokratie“: Emotionen stechen die Fakten. Sehen Sie eine solche Entwicklung in Österreich?

Falkinger: Definitiv, sonst wäre eine FPÖ-Wählerschaft in diesem Ausmaß gar nicht möglich. Gerade wenn die Fakten der eigenen Wahrnehmung oder den eigenen Idealen widersprechen, ist es natürlich angenehmer, auf Basis der eigenen Emotionen zu agieren. Wir müssen wieder mehr zu faktenbasierten Diskussionen zurückkommen. **Breiner:** Und es hängt mit den Supermächten zusammen, sie machen vor, was derzeit zählt: Trump lügt schamlos und bleibt trotzdem Präsident. So etwas war früher nicht möglich.

Auf der Weltbühne gilt immer mehr das Recht des Stärkeren. Vielen Menschen bereiten Vorkommnisse wie der Angriff der USA auf Venezuela Sorgen. Ist das auch in Ihren Betrieben spürbar?

Falkinger: Durch die Polarisierung der Gesellschaft wird weniger über außenpolitische Themen gesprochen. Internationale

Konflikte sind kompliziert. Als Mitarbeiter:in weißt du nicht, wie dein Gegenüber dazu steht. Dann redest du besser gar nicht darüber. Als Betriebsrat gehen wir die Tätigkeit sehr faktenorientiert an, und das kommt gut an, die Leute wollen nicht im Betrieb auch noch mit großen Emotionen konfrontiert werden.

Breiner: In meinem Betrieb sind um die 35 Nationalitäten, da sind internationale Vorgänge schon Thema. Und ich befürchte, dass die österreichischen Kolleg:innen politisch immer weiter nach rechts rücken und ihre Informationen immer weniger aus gesicherten Quellen beziehen. Kolleg:innen aus Afghanistan und Syrien sehen hingegen, was Extremismus und Polarisierung machen. Das haben sie in ihrem Land erlebt. Die fragen sich: Wissen denn die FPÖ-Wähler:innen nicht, was passieren wird, wenn die an der Macht sind? Dass diese Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit auch jederzeit sie selbst treffen kann?

Polaschek: Für uns als Universität und Forschungsinstitution ist der internationale Austausch eine Selbstverständlichkeit. Wie bei Judith Falkinger gibt es im Betrieb aber keine allzu großen politischen Diskussionen, eher anlassbezogen. Für uns war in der Hinsicht natürlich die Aufnahme von

Forscher:innen aus den USA relevant, für die das Wissenschaftsministerium den Weg geebnet hat.

Hiesige Forscher:innen befürchteten aber auch, dass das den Druck in der Branche weiter erhöhen könnte.

Polaschek: Wir haben einige Wissenschaftler:innen aufgenommen, Schwerpunkt ist aber eher der Nachwuchsbereich. Die Art von Spaltenforschung, die in den USA gemacht wird, kann hier nicht einfach nahtlos weitergeführt werden. Man muss sich vorstellen: Allein die Elite-Universität Harvard hat jährlich mehr Budget zur Verfügung als alle Universitäten in Österreich zusammen. Österreich betreibt auch Spaltenforschung, aber mit ganz anderen – finanziellen – Möglichkeiten.

Wie kann die EU internationales Zerwürfnisse standhalten?

Polaschek: Für unsere Belegschaft ist der Blick nach außen betriebsrelevant. Der Brexit war ein Riesenschock, man konnte Studierende im Erasmus-Programm auf einmal nicht mehr nach Großbritannien schicken und auch keine von dort aufnehmen. Da wurden Netzwerke zerstört. Das haben wir im Betrieb unmittelbar gespürt.

„Durch die jungen Menschen wird die europäische gemeinschaftliche Idee nicht so schnell über Bord geworfen.“

Marion Polaschek, Betriebsräatin der Universität Wien

Was mir Hoffnung macht, sind die jüngeren Leute, die bestimmte Standards als selbstverständlich betrachten – im positiven Sinne. Durch sie wird diese europäische gemeinschaftliche Idee nicht so schnell über Bord geworfen. Für die Jungen ist es ganz normal, dass man durch ganz Europa fährt und überall arbeiten, studieren und leben kann. Wir müssen die Jungen noch mehr einbeziehen, etwa auch in den Parteien. Die reden mit einer Lockerheit über Dinge, die früher ein absolutes Tabu waren. Das ist für mich ein Hoffnungsfund.

Falkinger: Schon rein rechnerisch ist es wichtig, dass wir ein starkes und gemeinsames Europa haben. Gegen Länder wie China, Russland oder die USA hätte Österreich ökonomisch oder politisch als kleines Land keine Chance. Wir brauchen das gemeinsame Bündnis.

Das zeigt sich auch, wenn man an Regulierungen wie die europäische KI-Verordnung denkt. Wie viel KI brauchen Ihre Betriebe – und wie viel Kontrolle braucht die KI?

Polaschek: Wir beschäftigen uns als Betriebsrat intensiv damit. Stichwort Daten: In welcher Cloud werden sie gespeichert? Was passiert mit Forschungsdaten, die dann auf Servern in den USA liegen? Wie viele Betriebsgeheimnisse gibt man preis, wenn man eine KI mit Daten füttert? Dann natürlich die Frage des Urheberrechts. Der Einsatz von künstlicher Intelligenz zieht einen Rattenschwanz an Überlegungen nach sich.

Falkinger: Ich bin froh, dass wir uns bei der Statistik Austria in Sachen Datensicherheit schnell auf restriktive Regelungen geeinigt haben. Daten von Mitarbeiter:innen kommen gar nicht in die KI, schon gar nicht in eine offene. Wir verwalten viele Daten von Personen, von Unternehmen, mit denen wir arbeiten dürfen, die kommen auch nicht in die KI.

Bezüglich Cloud und Datenspeicherung muss es bei der Statistik Austria vermutlich eine europäische Lösung sein?

Falkinger: Ja, das ist ganz klar. Aktuell hosten wir unsere eigenen Server mit allen Daten. Unsere Backups liegen in einem Bergwerk in Österreich. Da ist nichts auf internationalen Servern und noch nichts an Daten in der Cloud. Weil sich die Technik so schnell entwickelt, muss auch der Betriebsrat über diese Dinge jetzt viel mehr nachdenken.

Polaschek: Wir setzen auch auf Inhouse-Lösungen. Wir haben nach wie vor eigene Server für manche Bereiche, eine eigene Cloud und sogar eine eigene KI zum Forschen. Aber wir haben uns als Betrieb Microsoft-Produkten verschrieben, und Microsoft baut überall KI ein. Das war bei unseren Betriebsvereinbarungen ein großes Problem, weil wir ja beurteilen mussten, was wir verwenden können und was nicht.

Falkinger: Europa müsste diese Infrastrukturen selbst aufbauen, damit wir, als Unter-

nehmen, insbesondere als staatliche Institution nicht auf US-amerikanische Produkte angewiesen sind. Die Unsicherheit, die das mit sich bringt, ist jetzt deutlich geworden. Da hat Europa technologisch noch keine wirklichen Alternativen zu bieten.

Auch Arbeitsplatzverluste durch KI werden befürchtet. In der Industrie gehört sie seit Jahren zum Standardrepertoire. Wie sieht man das dort?

Breiner: Die Sorge ist natürlich da, und man kann es den Kolleg:innen nicht verbübeln: In unserem Konzern haben einmal um die 1.000 Menschen gearbeitet, heute sind es zwischen 200 und 300. Das hängt natürlich mit dem technologischen Fortschritt zusammen.

Falkinger: Das mag sein, gleichzeitig wird KI aber oft als diese Wundertechnologie dargestellt, die alles machen kann. Am Ende braucht es immer den Menschen, der sie bedient, überprüft und sich überlegt, was die KI tun soll. Also in einer Wissenschaftsinstitution wird ein großer Teil der Belegschaft wahrscheinlich immer bleiben, weil es Menschen braucht, die das Unternehmen führen und Entscheidungen treffen, die dafür sorgen, dass alles funktioniert. Die wichtigere Diskussion ist: Was ist an menschlichen Arbeitsplätzen wichtig, und wie muss man Leute ausbilden?

Breiner: Da stimme ich zu, denn vor allem Arbeitsplätze für Menschen, die wenig Schulbildung haben, werden verschwinden. Frü-



Dietmar Breiner ist Vorsitzender des Arbeiter:innenbetriebsrats bei Ardo Austria Frost in Groß-Enzersdorf.

Der gelernte Schlosser ist zudem Kammerrat in der Arbeiterkammer Niederösterreich.

her hat man in Betrieben mancherorts Leute hinstellen können, die – auf gut Deutsch gesagt – nur bis drei zählen können mussten. Aber von diesen Stellen gibt's immer weniger. Auch Hilfsarbeiter:innen sind heute in Wahrheit oft Facharbeiter:innen, weil die Maschinen, die sie bedienen, viel komplizierter sind, als manche Führungskraft glaubt.

Falkinger: Und da kommen wir wieder zur Bildung.

Breiner: Ja, und wir kommen zum Thema Sprache. Ich merke das im Betrieb, das Deutschangebot für Geflüchtete und Migrant:innen muss sich verbessern. Jemand, der schnell die Sprache lernt, hat in Österreich viel weniger Probleme. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht macht es viel mehr Sinn, Menschen ab Tag eins die Sprache beizubringen. Und man gibt den Populist:innen kein Futter.

Wenn sich die Populist:innen nicht über mangelnde Deutschkenntnisse beschweren, dann über die Kosten von Deutschkursen. Der Kern ihrer Politik ist doch, keine Lösungen für gelingende Integration zu präsentieren.

Breiner: Ich war damals in Traiskirchen, nachdem 2015 die vielen Geflüchteten aus

Syrien angekommen waren. Wenn man sieht, wie die Menschen dort aufgehoben waren – die haben in den Gängen geschlafen, in Zelten im Garten –, dann kann man nicht so blöd daherreden. Das menschliche Mitgefühl war schon mal stärker in unserer Gesellschaft. Ich weiß nicht, wie man das zurückholt, dass wieder allgemein gilt: Das ist ein Mensch, und er hat ein Recht auf Hilfe, genauso wie wir, wenn wir flüchten müssten.

Wir halten fest: Es gibt mehrere Herausforderungen, mit denen sich die Gesellschaft konfrontiert sieht. Wir wollen jetzt auch einen positiven Ausblick versuchen: Was macht Ihnen Hoffnung, dass wir diese Herausforderungen bewältigen?

Falkinger: Ich nehme einen Punkt vorweg, den vermutlich alle nennen würden: Die jungen Menschen machen mir Hoffnung.

Polaschek: Was mir Hoffnung macht, hat auch der Bundespräsident bei seiner Neujahrsansprache betont: Wir brauchen einen europäischen Patriotismus. Vielleicht bin ich eine hoffnungslose Optimistin, aber das kann gelingen. Wir haben mit Europa ein sehr hohes Niveau erreicht – an Sicherheit, an Wohlstand, an Vernetzung. Und natürlich kann das verschwinden,

wenn man nicht aufpasst. Wir müssen es schaffen, das wieder aufzuzeigen, und da sind viele Teile der Gesellschaft gefragt, von den Politiker:innen über die Medien bis hin zu den Betrieben und Betriebsräte:innen. Wenn wir das schaffen, dann ist meine Hoffnung, dass wir als Europa auch stark bleiben.

Breiner: Meine Hoffnung ist etwas, das ich in meinem Betrieb sehe, wo wir eine schöne Weihnachtsfeier mit 35 Nationalitäten veranstalten können. Wenn das Zusammensein dort funktioniert, dann ist das auch in Europa und weltweit möglich. „Die da oben“ führen diese Gefechte aus, aber die Bevölkerungen, sozusagen „wir hier unten“, vertragen uns eigentlich gut.

Falkinger: Mir ist noch etwas eingefallen: Ich habe das Gefühl, wenn man wirklich bemüht ist, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen und sich für sie interessiert, dann funktioniert das auch. Dann kommt man miteinander in Kontakt, kann auch konträre Meinungen austauschen, manchmal Sichtweisen verändern. Meine Hoffnung ist, dass, wenn uns gelingt, öfter solche Gespräche zu führen, sich auch etwas zum Positiven verändert. ▶

Dezentes Aufatmen



Die Wirtschaft erholt sich langsam, die Prognosen sind vorsichtig positiv. Mit den richtigen politischen Akzenten könnte 2026 das Jahr werden, in dem sich Österreichs Konjunktur erholt.

TEXT CHRISTIAN RESEI, SOPHIA FIELHAUER-RESEI



Ein schwieriges Jahr liegt hinter den Österreicher:innen, 2025 ist vorbei. Expert:innen zufolge verbessert sich die wirtschaftliche Lage der Republik inzwischen langsam. Die Folgen der Pandemie, der Energie- und Industriekrise und der US-amerikanischen Zollpolitik sind zwar noch spürbar, trotzdem erlaubt die aktuelle Prognose des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) vorsichtigen Optimismus: Der Staatshaushalt muss weiter stabilisiert werden, aber die Wirtschaft wächst zaghaft. Auch die Inflation, die viele Menschen belastet, wird in diesem Jahr wahrscheinlich sinken.

„Österreich hat die Rezession überwunden, die Konjunktur kommt langsam in Gang“, so Michael Ertl, Referent in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien. 2025 ist das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 0,5 Prozent gestiegen, 2026 soll es um rund 1 Prozent wachsen. Das ist kein großer Aufschwung – aber immerhin ein kontinuierliches Wachstum. Und für Entlastung ist es höchste Zeit.

Erhebungen der Statistik Austria zeigen: Die steigenden Preise sind noch immer ein großes Problem für die Österreicher:innen. Haushalte mit geringem Einkommen spüren die Belastung besonders stark, weil sie einen Großteil ihres Geldes für Lebensmittel, Energie- und Wohnkosten ausgeben. Auch für sie könnte sich die Lage langsam verbessern: Im Dezember lag die Inflation mit 3,8 Prozent erstmals seit Juli 2025 wieder unter 4 Prozent, sie bleibt aber weiterhin doppelt so hoch wie im Schnitt der Eurozone. Die gute Nachricht: Die Preissteigerungen werden 2026 geringer ausfallen, wozu auch Maßnahmen der Bundesregierung beitragen.

Außerdem ist 2026 aufgrund des Entfalls des sogenannten Basiseffekts mit einer niedrigeren Inflation zu rechnen. Die Strompreisbremse hatte die Energiepreise bis Ende 2024 niedrig gehalten, weshalb die Teuerungsraten im Verbraucherpreisindex (VPI) 2025 besonders hoch erschienen: Zur Berechnung derselben wurden vergünstigte Preise von 2024 mit den nicht vergünstigten von 2025

verglichen. Ab 2026 werden nur noch Preise ohne Strompreisbremse einander gegenübergestellt. Die Inflationsrate soll dann laut WIFO nur noch 2,5 Prozent betragen, für 2027 wird sie ebenfalls mit 2,5 Prozent prognostiziert.

Nun zielt das im Dezember im Parlament beschlossene Elektrizitätswirtschaftsgesetz darauf ab, Menschen mit geringem Einkommen leistbaren Strom zur Verfügung zu stellen. Ab 1. April 2026 gilt ein gestützter Tarif. Er liegt für ein Grundkontingent von bis zu 2.900 Kilowattstunden Verbrauch pro Jahr bei etwa der Hälfte des durchschnittlichen Strompreises, gilt für zehn Jahre und kann jährlich valorisiert werden. Finanziert wird der Sozialtarif von den Energieversorgern, sie übernehmen die Differenz zum Marktpreis. Von der neuen Regelung könnten bis zu 300.000 österreichische Haushalte profitieren, anspruchsberchtigt sind etwa Mindestpensionist:innen oder Pflegegeldbezieher:innen.

Möglich gemacht hat das auch eine Gesetzesänderung: Selbst Aktiengesellschaften mit staatlicher Beteiligung gaben Marktpreise bisher an die Kund:innen weiter – auch dann, wenn ihre eigenen Produktionskosten deutlich niedriger waren. Die Begründung des Managements: Das Aktienrecht verpflichtet die Unternehmen dazu, die Preise möglichst hoch anzusetzen, um den Gewinn für die Aktionär:innen zu maximieren. Mit dem neuen Elektrizitätswirtschaftsgesetz ändert sich das: Die Bundesregierung schafft hier mehr Spielraum für eine faire und am Gemeinwohl orientierte Preisgestaltung. „Energieversorger müssen zukünftig leistbare Energie für alle anbieten, anstatt nur ihre Gewinne zu maximieren“, erklärt AK-Experte Ertl.

2026 tritt auch das neue Mietenpaket in Kraft. In Altbauwohnungen und Gemeindebauten dürfen die Mieten heuer lediglich um 1 Prozent steigen, im Jahr 2027 maximal um 2 Prozent. Bei den meisten anderen Mietverhältnissen gilt: Die automatische Anpassung an die Inflation wird ab einem Wert von 3 Prozent gedämpft. Jeder Prozentpunkt, der über diese 3-Prozent-Schwelle hinausgeht, darf nur zur Hälfte an die Mieter:innen weitergegeben werden.

„Inzwischen haben Menschen wieder mehr Zuversicht, und die, die es sich leisten können, konsumieren wieder mehr“, sagt

Michael Ertl. Sei die politische Lage unsicher, dann breche der private Konsum ein und Unternehmen würden auf größere Investitionen verzichten. „Jetzt, wo die US-Zölle feststehen, kann man zumindest mit den Zahlen kalkulieren. Das schafft eine gewisse Stabilität“, so Ertl.

Österreichs Wirtschaft ist stark exportorientiert, die US-Zölle können nicht ignoriert werden – sie müssen jedoch richtig eingeordnet werden: „Nur 8,5 Prozent unserer Warenexporte gehen in die USA, 67 Prozent in die EU“, erklärt Ertl. Eine stärkere Vertiefung des europäischen Binnenmarkts wäre laut ihm sinnvoll. Sie würde auch der heimischen Industrie helfen, die sich seit 2023 in Schwierigkeiten befindet.

Der Umsatz des produzierenden Bereichs ist seit zehn Quartalen rückläufig, auch wenn sich der Rückgang im Jahr 2025 spürbar abgeschwächt hat. Zugleich gibt es aber auch Industrie-Branchen, die gut im Geschäft sind und wachsen, etwa die Chemie- und Pharmaindustrie, die Elektro- und Elektronikbranche sowie der Maschinenbau. Die von der Regierung angekündigte Industrie-Strategie soll diese Zukunftssektoren stärken und die Transformation hin zu neuen Technologien unterstützen.

Beschäftigungslage essenziell

„Das Wirtschaftswachstum alleine spiegelt nur einen Teil des materiellen Wohlstands eines Landes wider“, erklärt AK-Ökonom Ertl. „Es gibt durchaus auch andere wichtige Indikatoren.“ Dazu zähle etwa die Armutgefährdungsquote, die in Österreich auch während der Rezession stabil geblieben ist und 2026 leicht sinken soll.

Genauso essenziell für den Wohlstand eines Staates ist die Beschäftigungslage. Seit April 2023 steigt die Arbeitslosigkeit in Österreich. Ende 2025 waren rund 435.000 Menschen ohne Job. Nun könnte sich der Trend wenden: AMS-Chef Johannes Kopf rechnet laut Medienberichten damit, dass die Arbeitslosigkeit ab März durch die anziehende Konjunktur wieder leicht sinken wird.

Damit diese Entwicklung nachhaltig wirkt, müsste die Regierung Expert:innen der AK zufolge jedoch stärker in Arbeitsmarktpolitik und Bildung investieren. Ohne zusätzliche Mittel drohe die Arbeitslosigkeit später erneut zu steigen – eine Qualifizierungsoffensive sei essenziell. Laut WIFO könnte eine solche – rechtzeitig gestartet – den zukünftigen Fachkräftebedarf decken. Bleiben konkrete Maßnahmen aus, könnte der Mangel an qualifiziertem Personal bis 2029 ein bis zu 0,5 Prozent niedrigeres BIP zur Folge haben.

Auch gegen den überhöhten „Österreich-Aufschlag“ bei Lebensmitteln müsste 2026 etwas getan werden, findet AK-Ökonom Ertl. Während die Preise im Dezember in Deutschland um 0,8 Prozent und in Frankreich um 1,7 Prozent stiegen, waren es in Österreich 4,1 Prozent. „Diesen Aufschlag zahlen vor allem Konsument:innen in kleinen Staaten – hier muss die EU-Kommission endlich handeln“, fasst Ertl zusammen. ▶

Anteil österreichischer Warenexporte in die EU

Quelle: Statistik Austria



Was sich

Betriebsrätl:innen sind oft die erste Anlaufstelle für arbeitsspezifische Fragen der Beschäftigten: Wie kann ich eine Weiterbildung finanzieren? Wie viele Überstunden müssten mir ausbezahlt werden? Wer Kolleg:innen kompetent beraten will, muss auf dem Laufenden bleiben.

GERINGFÜGIGKEITSGRENZE

551,10 €/Monat

FAMILIENZEITBONUS (Papamona)

54,87 €/Tag

HÖCHSTBEITRAGSGRUNDLAGE für die Sozialversicherung

6.930 €/Monat bzw. 231 €/Tag

PENDLER-EURO

6 €/Kilometer und Jahr

BEITRAGSGRUNDLAGE FÜR KINDERERZIEHUNGSZEITEN (Pensionskonto)

2.468,01 €

JETZT NEU

20



M

Überstunden bleib
betrag von 170 Eur
max. 15 Überstund
Feiertagen s

Vor
än
hi
di

... ändert

Das Jahr 2026 startete mit einigen Neuerungen für Arbeitnehmer:innen: Mehr Transparenz bei Arbeitszeiten, neue Freibeträge für steuerfreie Überstunden, Weiterbildungszeit statt Bildungskarenz und vieles mehr. Einen kompakten Überblick mit nützlichen Quellen zum Weiterlesen finden Sie hier.



Weiterbildungszeit

Die Bildungskarenz wird ab Mitte des Jahres durch eine neue Weiterbildungsbeihilfe ersetzt. Es handelt sich um eine AMS-Förderung.
[Mehr Informationen:](#)



Freie Dienstnehmer:innen

Neu ist die Kündigungsfrist: vier Wochen bzw. sechs Wochen ab dem 2. Dienstjahr. Die Arbeitsbedingungen können seit heuer auch im KV geregelt werden!

Zuverdienst

Seit 1. Jänner 2026 ist der geringfügige Zuverdienst in der Arbeitslosigkeit nicht mehr erlaubt, allerdings gibt es Ausnahmen, u. a. für Langzeitarbeitslose. [Mehr Details hier:](#)



Arbeitszeiten

Ab 2026 müssen Arbeitgeber:innen bei der Anmeldung von Mitarbeiter:innen zur Sozialversicherung angeben, wie viele Stunden pro Woche gearbeitet wird. Das sorgt für mehr Transparenz für Beschäftigte!

WEITERE
NEUERUNGEN
AUF EINEN BLICK:



Pensionen

In der neuen Teilpension über Veränderungen bei der Altersteilzeit bis zur Schwerarbeiterregelung für die Pflege: Hier ein Überblick über Neuigkeiten zur Pension:



Industrie mit vollen Zügen



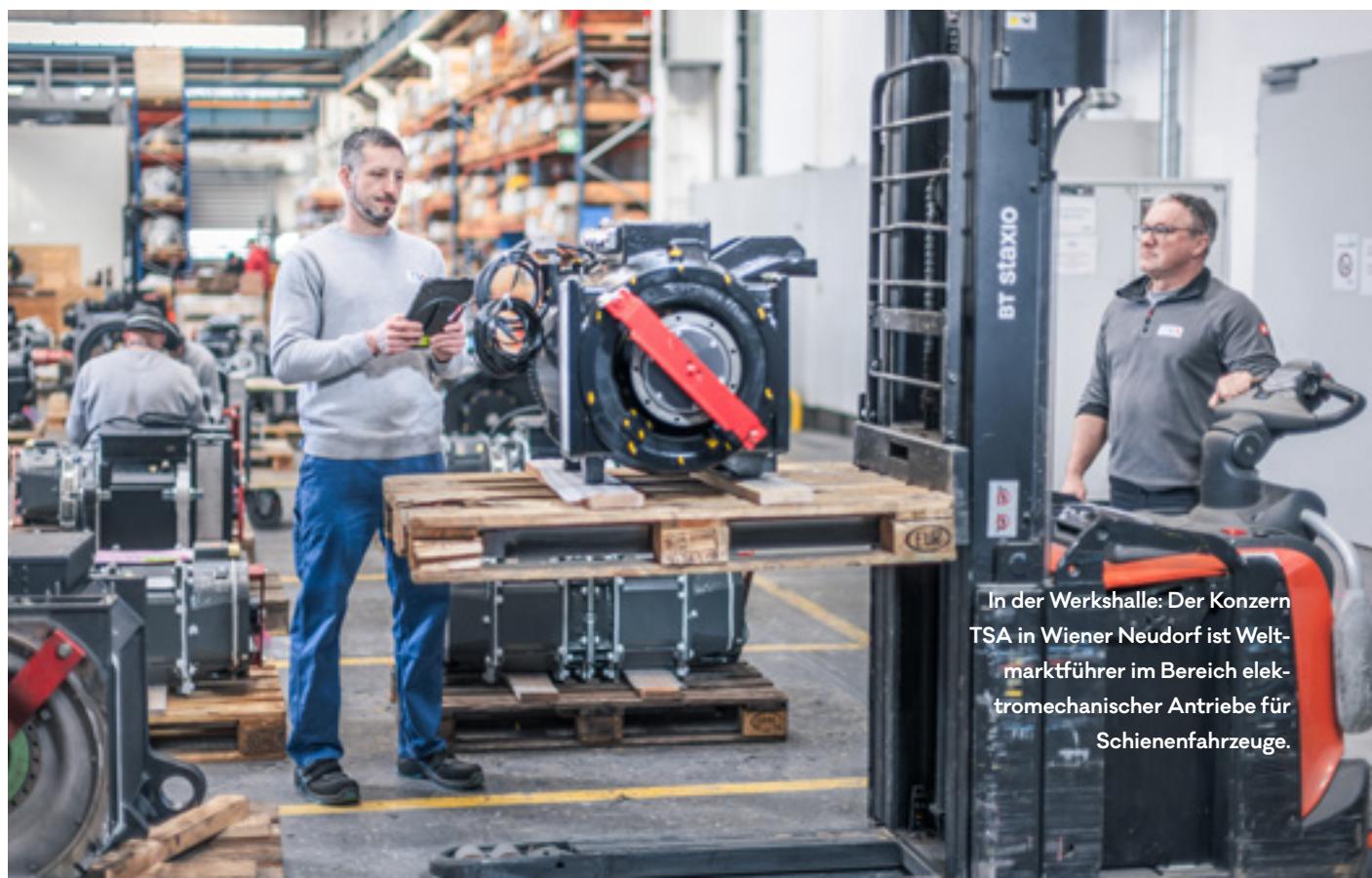
Die Bahn ist für die sozialökologische Transformation das Transportmittel der Wahl. Ein Besuch beim Branchenführer TSA in Niederösterreich zeigt: In dem Sektor schlummert Potenzial für Konjunktur und Umwelt.

TEXT JOHANNES GRESS

Wer der Entstehung eines U-Bahn-Motors beiwohnen will, muss nichts weiter tun als in Niederösterreich lange genug einer gelben Linie nachlaufen: In einer Produktionshalle in einem Gewerbegebiet Wiener Neudorfs kann man kräftigen, bärigen Männern in grauen Pullovern, blauen Hosen und Sicherheitsschuhen dabei zusehen, wie sie hämmern, feilen, schweißen und diverse andere fachgerechte Handgriffe ausführen. Laien erschließt sich das Prozedere nicht vollumfänglich, aber wer lange genug der Markierung am Boden folgt, sieht, dass

sich die Anhäufung von Metall am Anfang der Halle bis zu ihrem Ende sukzessive zu einem Motor verwandelt.

In Wiener Neudorf produziert das Unternehmen Traktionssysteme Austria (TSA) Motoren und Getriebe für U-Bahnen, Straßenbahnen und Züge – und exportiert sie von dort in die ganze Welt. Die Badner Bahn, die unweit der Werkshalle südlich von Wien vorbeiführt, ist mit einem TSA-Motor ausgestattet – genauso wie Straßenbahnen der Wiener Linien, die Berliner U-Bahn, die Metro in Baku (Aserbaidschan) und die Tram in St. Petersburg.



In der Werkshalle: Der Konzern TSA in Wiener Neudorf ist Weltmarktführer im Bereich elektromechanischer Antriebe für Schienenfahrzeuge.

TSA ist Weltmarktführer im Bereich elektromechanischer Antriebe für Schienenfahrzeuge, beschäftigt weltweit 750 Mitarbeiter:innen und erzielte 2024 einen Umsatz von 144 Millionen Euro. In Niederösterreich ist von der innovativen Vorreiterrolle nicht viel zu merken. Die etwas in die Jahre gekommene Produktionshalle fällt durch ihre Unaufgeregtheit auf: Alles hat hier seine Ordnung, alles folgt einem System, gelbe Markierungen am Boden weisen jeder Palette, jedem Stück Metall den richtigen Platz zu.

Während Politiker:innen gern das „Autoland Österreich“ beschwören, Autogipfel veranstalten und sich rühmen, das Aus des Verbrenner-Aus erwirkt zu haben, ist die Republik eigentlich vielmehr ein Bahnland. Die österreichische Bahnindustrie ist auch global betrachtet einer der innovativsten Industriezweige Österreichs, kein Land meldet pro Kopf so viele Patente an.

Erfolgsgeschichte Bahn

Diese Vorreiterrolle geht auf das frühe 19. Jahrhundert zurück. Die erste pferdebetriebene Eisenbahlinie wurde 1828 zwischen Linz und Budweis eröffnet, Europas erster Schlafwagen in Wien-Hernals hergestellt. Heute beherbergt die „Bahnrepublik“ zahlreiche Nischen-Weltmarktführer, und der Schienengeverkehr röhmt sich einer Verlässlichkeit, die in anderen Ländern noch unerreicht scheint. In keinem anderen EU-Land werden pro Einwohner:in mehr Schienenkilometer zurückgelegt.

Der Bahnsektor ist dabei heute so etwas wie der Leuchtturm inmitten einer krisengebeutelten österreichischen Industrie. Vor allem die exportorientierte Automobilbranche strauchelt angesichts der deutschen Wirtschaftsflaute. Knapp 90 Prozent der Produkte aus der österreichischen Automotivindustrie werden exportiert, mehr als die Hälfte nach Deutschland. Dort befinden sich die Konzernzentralen, dort werden die wesentlichen strategischen Entscheidungen getroffen. Branchenweit wurden in Österreich nun schon innerhalb von zwei Jahren 15 Prozent Personal abgebaut. Angesichts der Anforderungen der Dekarbonisierung, der Konkurrenz aus China und Trumps Zollschlachten sind sich Expert:innen mittlerweile einig: Die Branche steckt in einer Krise.

Zukunftspotenzial

Die Bahnindustrie verspricht, solche Probleme umschiffen zu können. Der Schienengeverkehr ist um ein Vielfaches emissionsärmer als der Verkehr auf der Straße – und kann somit zur Verringerung der Verkehrsemissionen beitragen. Diese sind in Österreich seit 1990 unverändert hoch – während alle anderen Sektoren Rückgänge verbuchten.

Und die Bahn hat wirtschaftliche Schlagkraft: „Die Branche ist extrem wettbewerbsfähig, extrem innovativ, die Arbeitsbedingungen sind gut, die Entlohnung überdurchschnittlich hoch – sie ist so etwas wie das Rückgrat der nachhaltigen Industrie“, erklärt Laura Porak.



Die Bahnindustrie sei „das Rückgrat der nachhaltigen Industrie“, sagt Laura Porak vom Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft der JKU Linz.

Die Wissenschaftlerin vom Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft der JKU Linz schätzt, der Bahnsektor könnte zukünftig eine zentrale Rolle in der Ökologisierung der Industrie spielen – auch weil man anders als im Bereich der E-Mobilität gegenüber China noch nicht ins Hintertreffen geraten ist.

Porak ist auch Co-Autorin einer unlängst publizierten Studie zu den wirtschaftlichen Potenzialen der österreichischen Bahnindustrie. Durch Investitionen in die Bahninfrastruktur könnten langfristig bis zu 230.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, inklusive heimischer Wertschöpfung in Höhe von 24,4 Milliarden Euro. Porak und Co. rechnen in ihrer Studie vor, dass staatliche Investitionen in das System Bahn in Höhe von einer Milliarde Euro bis zu 1,2 Milliarden Euro Wertschöpfung erzielen können. Besonders der Bausektor, aber auch nachgelagerte Branchen wie die Stahlindustrie und die Elektrotechnik könnten profitieren.

Zudem ist der wirtschaftliche und politische Handlungsspielraum größer als im Automobilbereich. Wesentliche Unternehmensentscheidungen werden nicht in ausländischen Konzernzentralen getroffen, sondern in Österreich. Die Investitionen in die Bahninfrastruktur tätigt nicht der Bund selbst, sondern diese werden über die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur abgewickelt. Durch diese Konstruktion lassen sich die Schuldenregeln der EU größtenteils umgehen – was der Politik mehr finanzielle Flexibilität gibt.

Aussichten: rosig

Wenn er mit seinen Freund:innen spricht, muss er sich manchmal zurückhalten, gibt Danijel Cvijanovic, Produktionsleiter bei TSA zu. Während viele Branchen stöhnen, Löhne stagnieren, Kündigun-



Gut gefüllte Auftragsbücher: Die Bahnindustrie funktioniere „konjunkturunabhängig“, sagt Danijel Cvijanovic, Produktionsleiter bei TSA.

gen ausgesprochen werden, läuft es bei TSA wie am Schnürchen. Seit 20 Jahren geht es steil bergauf, die Auftragsbücher für die kommenden Jahre sind gut gefüllt. „Es geht uns gut, ja“, sagt er.

Daran scheint auch der globale klimapolitische Backlash wenig zu ändern. Im Wesentlichen funktioniere die Bahnindustrie „konjunkturunabhängig“, so Cvijanovic. Den Aufwärtstrend von TSA konnten weder die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 noch die Pandemie stoppen. Die Exportquote des Weltmarktführers beträgt 95 Prozent, die Weltbevölkerung wächst, und es gibt genug Städte, die sich eine U-Bahn wünschen, genug Gegenden, die auf eine Anbindung an den öffentlichen Verkehr warten, erklärt Cvijanovic die wirtschaftliche Stabilität seines Arbeitgebers.

Geplant wird bei dem Konzern auf Jahrzehnte: Bereits heute schiebt das Management auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2030 in Marokko, Portugal und Spanien – denn Großevents bedürfen einer Transportinfrastruktur. Bis 2034 laufen in Wiener Neudorf noch Motoren für die Berliner U-Bahn vom Band, insgesamt umfasste der Auftrag 4.500 Stück.

Angestelltenbetriebsrat Walter Brandstetter verkörpert diese Konsistenz wie kein anderer. Brandstetter begann 1979, im zarten Alter von 15 Jahren, seine Lehre hier am Standort (damals firmierte der Betrieb noch unter dem Namen BBC). Seine ersten Entwürfe für Maschinen zeichnete er noch mit Tusche auf Papier, erinnert sich Brandstetter, den zum Zeitpunkt des Gesprächs 16 Tage von seiner Pension trennen. Erwerbsbiografien wie seine sind bei TSA kein Einzelfall.

„Das ist auch für unsere Leute sehr wichtig“, bekräftigt Brandstetter. „Die wollen planen können und wissen, ob sie sich eine Wohnung kaufen, eine Familie gründen können. Das geht einfacher, wenn ich weiß, dass es meinen Arbeitsplatz auch in zehn, 20 Jahren noch gibt.“

Aus Sicht der Arbeitnehmer:innen bringt der steile Aufstieg des Unternehmens aber nicht nur Vorteile. Der Umsatz von TSA hat sich in den vergangenen 15 Jahren vervierfacht, rund 450 Mitarbeiter:innen produzieren am Standort in Wiener Neudorf rund 10.000 Motoren pro Jahr. Die Kehrseite von Effizienzsteigerung, Automatisierung, Digitalisierung, Optimierung und Verdichtung sei die steigende Belastung für die Belegschaft, gibt der Betriebsrat zu bedenken.

Beschäftigte in der österreichischen Bahnindustrie

Quelle: Verband der Bahnindustrie





Forschung und Entwicklung: Im haus-eigenen Labor werden unterschiedliche Klebstoffe an Kunststoffproben getestet.



Das Umsatzwachstum des Konzerns habe auch eine Verdichtung der Arbeitsleistung für Beschäftigte mit sich gebracht, warnt Angestelltenbetriebsrat Walter Brandstetter.

Und auch, wenn man sich bei TSA röhmt, dass möglichst viel Wertschöpfung im Inland verbleibe: Handarbeitsintensive Tätigkeiten wie die Verarbeitung von Kupferspulen wurden bereits 2009 nach Bosnien ausgelagert. „Anders können auch wir den Preis nicht halten“, so Brandstetter.

Zudem vermisste man ein klares Bekenntnis der österreichischen Politik zur Bahn und klare Strategien. „Technologieoffenheit“, kritisierte TSA-Geschäftsführer Robert Tencl im Dezember in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „News“, „ist ein Wort, das ich nicht mehr hören kann.“ Offenheit sei für ihn ein schönes Wort für Planlosigkeit. Wie viele in der Branche erwarte sich Tencl von der Politik klare Vorgaben, u. a. ein klares Bekenntnis zur Dekarbonisierung, eine entsprechende Industriestrategie, langfristige Förder- und Beschaffungsprogramme. Was es aus seiner Sicht brauche, sei Planbarkeit.

Alles auf Schiene

Doch die aktuelle Regierung scheint bemüht, die klimapolitischen Weichenstellungen der Vorgängerregierung rückgängig zu machen. Laut Rahmenplan 2025–2030 wollen ÖVP, SPÖ und NEOS 1,45 Milliarden Euro weniger in die Bahn investieren, als die Vorgängerregierung vorgesehen hat – dafür mindestens 2,7 Milliarden Euro in den Bau der Lobau-Autobahn. Das Gratis-Kli-

maticket für 18-Jährige wurde gestrichen und jenes für reguläre Bezieher:innen jährlich um 300 Euro teurer. Der Klimabonus, der die Mehrbelastungen der CO₂-Steuer abfedern sollte, wurde abgeschafft, dafür der Pendler-Euro von zwei auf sechs Euro pro Kilometer angehoben.

Dass Österreich in den Augen mancher eher Auto- anstatt Bahnland ist, sei Folge „politischer und ökonomischer Interessen“, erklärt JKU-Expertin Porak. Trotz Krise ist der Automotivsektor nach wie vor ein wirtschaftlicher Gigant, an ihm hängen laut „ARGE Automotive Zulieferindustrie“ fast 200.000 Jobs – eine Zahl, die in der politischen Auseinandersetzung durchaus Gewicht hat.

Soll die Ökologisierung der Industrie, die sozialökologische Transformation gelingen, braucht es mehr als nur Investitionen in die Bahninfrastruktur. In ihrer Studie fordern Porak und Kolleg:innen eine ganzheitliche Strategie in Form „nachfrageseitiger Industriepolitik, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik und Verkehrspolitik“. Damit der Bahnsektor zum „grünen Konjunkturmotor“ werden könne, brauche es mehr staatliche Steuerung, allen voran gezielte Investitionen in das System Bahn und zusätzliche Maßnahmen wie etwa Umschulungsprogramme, eine stärkere Verankerung der Bahn in Lehrplänen und eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs. Unternehmen wie die TSA bräuchten eine Linie, die ihnen nicht nur den Weg durch die Produktionshalle, sondern auch einen in die Zukunft weist. ▶

Kleine Rebellion fürs Klima



Der politische Rückhalt für Umweltschutz bröckelt, an der Klimakrise ändert das aber nichts. Warum Betriebsrät:innen gerade jetzt eine Schlüsselrolle für eine klimafitte Zukunft spielen.

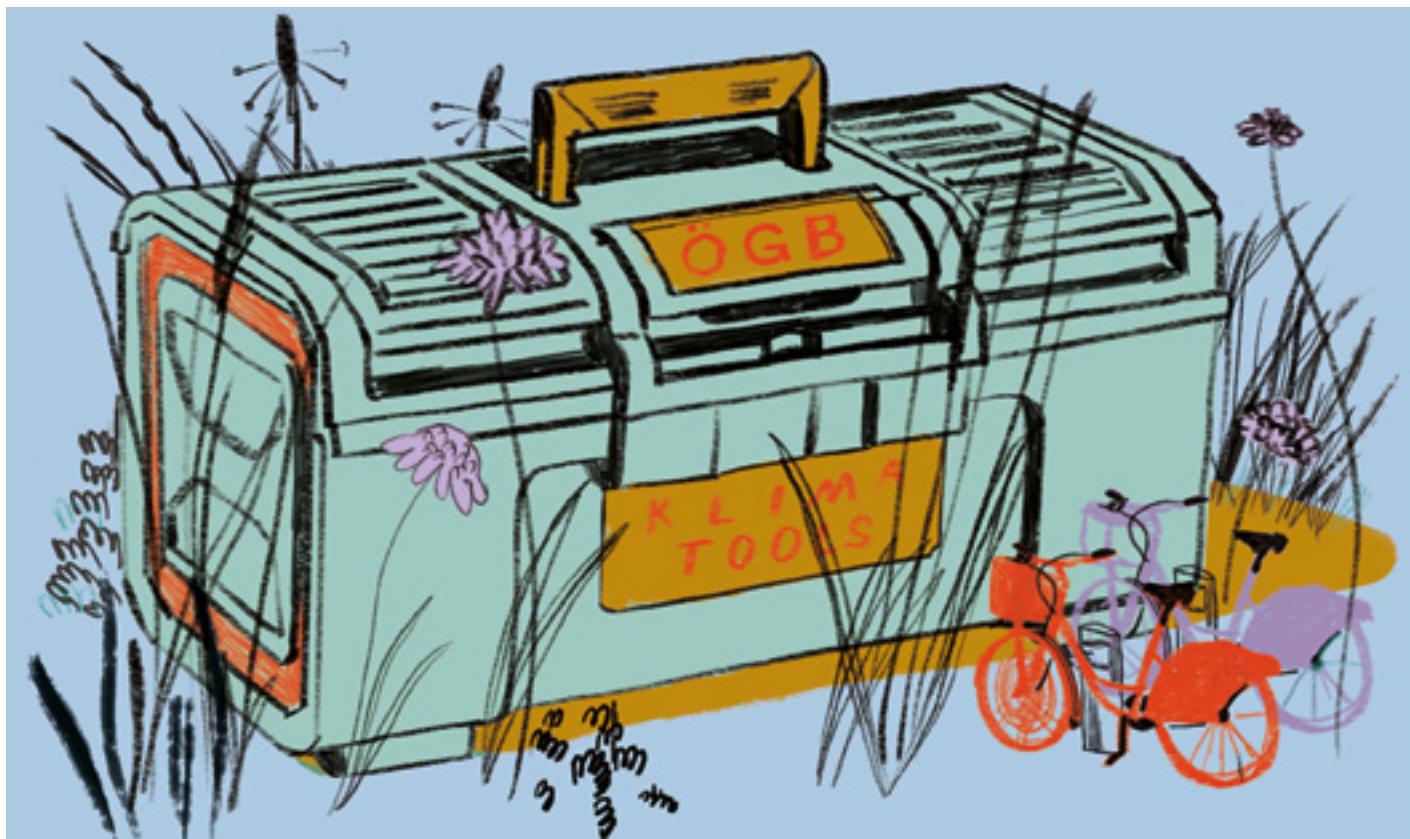
TEXT MILENA ÖSTERREICHER

Ob sie sich über die Tarantel freuen, wissen Beatrix Wepner und Ursula Sauer noch nicht so ganz. Persönlich gesehen haben sie sie noch nicht, doch Mitarbeiter:innen des AIT im niederösterreichischen Seibersdorf haben sie erspäht. Der Grund, warum die – ungefährliche und mittlerweile heimische – Spinne sich dort überhaupt breitmacht, erfüllt die beiden Betriebsrättinnen allerdings mit Stolz: Die Wiese rund um den AIT-Standort wird nun seltener gemäht, sie darf wieder wachsen, und die Biodiversität nimmt zu.

Das Austrian Institute of Technology (AIT) ist Österreichs größtes außeruniversitäres Forschungsinstitut. Rund 1.500

Mitarbeiter:innen arbeiten an mehreren Standorten in Österreich zu Themen wie Dekarbonisierung und Digitalisierung. Ursula Sauer ist Biologin und Konzernbetriebsratsvorsitzende. Sie beschäftigt sich seit Jahren gemeinsam mit ihrer Kollegin, der Betriebsrättin Beatrix Wepner, mit der Frage, wie Nachhaltigkeit im Betrieb verankert werden kann. Die beiden sind am Standort in Wien-Floridsdorf tätig, ihr Engagement erstreckt sich aber über alle AIT-Einrichtungen.

Noch vor wenigen Jahren galten Klimaziele, Nachhaltigkeitsberichte und grüne Visionen in vielen Unternehmen als selbstverständlich; Firmen veröffentlichten Selbstverpflichtungen, Staaten legten ehrgeizige Etappenziele fest. Inzwischen hat sich der Ton verändert.



Klimaschutz wird in erster Linie wieder als Kostenfaktor betrachtet, als Belastung, als Thema, das man angesichts von Inflation, geopolitischen Krisen und gesellschaftlicher Polarisierung hintanstellen kann.

Internationale Klimakonferenzen enden zunehmend mit unverbindlichen Abschlusserklärungen, die USA steigen aus zentralen Abkommen aus, und in der EU werden Regeln zu Lieferketten, Sorgfaltspflichten und Nachhaltigkeitsberichterstattung abgeschwächt. Für Betriebe bedeutet das weniger regulatorischen Druck – aber auch weniger Verpflichtung und langfristige Orientierung. Umso bedeutsamer ist das Engagement von Einzelpersonen – und Betriebsräten.

Jetzt erst recht!

Die Liste der klimaschonenden Maßnahmen, die Sauer und Wepner inzwischen am AIT umgesetzt haben, ist lang: Neben dem Eingangsbereich des Wiener Standorts befindet sich heute eine Wien-Mobil-Radstation. In den Stockwerken stehen Körbe mit regionalem Obst bereit. In der Kantine gibt es täglich zumindest ein vegetarisches Gericht. Zwei Betriebsfahrräder stehen für kurze Wege zur Verfügung, etwa zur Apotheke oder zum Supermarkt. Eine betriebsinterne Mitfahrbörse wurde schon vor einiger Zeit etabliert. Doch all das ist Ergebnis jahrelanger Aushandlungsprozesse.

Gelebte Nachhaltigkeit beginnt in Betrieben oft mit kleinen Fragen: Was wird eingekauft? Woher kommt der Strom? Wie kommen Menschen zur Arbeit? Der Betriebsrat kann dabei Ideen bündeln, in konkrete Projekte übersetzen und sie in eine Sprache bringen, die sowohl für die Belegschaft als auch für die Geschäftsführung anschlussfähig ist.

Auch wenn der Kontext, in dem solche Aushandlungen stattfinden, auf allen Ebenen rauer geworden ist: „An der Problemlage hat sich nichts geändert, weder beim Klimawandel noch beim Biodiversitätsverlust, beim Flächenverbrauch oder bei den Emissionen“, sagt André Martinuzzi, Leiter des Instituts für Nachhaltigkeitsmanagement an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). „Die Probleme werden größer, wir verlieren derzeit allerdings die Handlungs- und Regelungsmöglichkeiten.“ Martinuzzi sieht einen globalen Stimmungsumschwung.

Die kurze Phase, in der Klimaschutz als selbstverständliche Notwendigkeit gesehen wurde – inklusive der aktivistischen Klimabewegung Fridays for Future und ambitionierter politischer Programme –, sei überlagert worden von Pandemie, Kriegen und politischer Polarisierung. Türen, die sich geöffnet hätten, würden sich wieder schließen. Stattdessen entstehe sowohl bei Staaten als auch in der Wirtschaft ein Wettbewerb nach unten, nach dem Motto: „Wenn sich die anderen nicht an Klimaziele halten, machen wir das auch nicht.“ Von manchen Unternehmen höre Martinuzzi die Frage: „Wenn andere ihre Ziele zurücknehmen, warum sollten wir sie einhalten?“



Klimaschutz bleibt essenziell, auch mit weniger politischer Rückendeckung: „An der Problemlage ändert sich nichts“, sagt der WU-Experte für Nachhaltigkeitsmanagement André Martinuzzi.

Dabei sei Nachhaltigkeit keine moralische Kategorie, sondern eine Frage von Risiko, Innovation und Stabilität, so Martinuzzi. „Der Quartalsbericht ist zwar näher als die nächsten zehn Jahre. Aber wer sich jetzt nur nach dem Wind dreht, trifft schlechte Entscheidungen.“ Denn Nachhaltigkeit und Transparenz liegen auch im Eigeninteresse der Unternehmen.

Besonders deutlich zeigt sich das beim Thema Lieferketten. Für viele Unternehmen seien sie zum Reizwort geworden: Bürokratie, Berichtspflichten, Kontrollaufwand. Martinuzzi hält diese Verkürzung für riskant. „Ich kann Lieferkettenverantwortung als Belastung sehen oder als Chance, meine Abhängigkeiten überhaupt zu verstehen.“

Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, wie verletzlich globale Wertschöpfungsketten sind: COVID-Pandemie, das im Suezkanal feststeckende Containerschiff, die Chipkrise, die vor allem Europas strauchelnder Automobilproduktion weiter zusetzte, der Krieg in der Ukraine. „Die Abhängigkeiten stecken oft nicht beim ersten Zulieferer“, sagt Martinuzzi, „sondern bei den Zulieferern der Zulieferer, die viele Unternehmen gar nicht kennen.“ Damit setze man sich größeren Risiken aus und verzichte auf Innovationspotenziale, die gemeinsam mit Zulieferern entstehen könnten.

Verantwortung der Betriebe

Unternehmen würden generell über zahlreiche Stellschrauben verfügen, um Emissionen zu senken und den Ressourcenverbrauch zu reduzieren, sagt Martinuzzi – ganz unabhängig davon, wie ambitioniert die Politik gerade sei.



Die Betriebsrättinnen Ursula Sauer (rechts) und Beatrix Wepner (links) konnten an den Standorten des AIT bereits viele Umweltschutzmaßnahmen durchsetzen.

Allein die Industrie verursacht – je nach Abgrenzung – rund 30 bis 40 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen in Österreich. Zentral bei Betrieben ist die Energieeffizienz: Der Austausch alter Maschinen und Motoren, die Umstellung auf LED-Beleuchtung oder eine bessere Wärmedämmung von Gebäuden, Fenstern und Produktionshallen können den Verbrauch drosseln. Auch die Energieversorgung selbst kann umweltschonend gestaltet werden – durch zertifizierten Ökostrom, Photovoltaikanlagen oder die Nutzung von Abwärme aus Produktionsprozessen. Eine höhere Energieeffizienz spart zudem Kosten.

Doch solche Stellschrauben drehen sich selten von selbst. Es braucht Akteur:innen, die dafür sorgen, dass sie nicht im Tagesgeschäft untergehen. Themen, die früher von außen kamen – durch Gesetze, Berichtspflichten oder öffentliche Erwartungen –, müssen nun stärker von innen adressiert werden. Betriebsrättinnen können in dieser Situation eine Scharnierfunktion einnehmen. Sie können Vorschläge einfordern, bündeln und institutionalisieren, etwa über Betriebsvereinbarungen, interne Leitlinien oder Budgetentscheidungen.

Beteiligung als Schlüssel

Unterstützung finden sie dabei unter anderem beim Klimabüro des ÖGB. Dieses stellt auch einen sogenannten Klima-Werkzeugkoffer bereit: eine Anleitung mit Tipps und Best-Practice-Beispielen für Betriebsrättinnen und Personalvertretungen, die den eigenen Betrieb nachhaltiger gestalten wollen. Außerdem vergibt es zusammen mit der AK Wien den sogenannten Transformationspreis, mit dem innovative Projekte ausgezeichnet werden. Zuletzt hat ihn die Energiegemeinschaft „Robin Powerhood“ gewonnen, bei der Unternehmen sowie Privathaushalte Stromüberschüsse an Menschen spenden, die von Energiearmut betroffen sind.

Auch am AIT ist Nachhaltigkeit kein Selbstläufer. Das Institut sieht sich als Brücke zwischen Grundlagenforschung und indus-

trieller Anwendung und arbeitet an nachhaltigen und resiliентen Infrastrukturen – etwa in den Bereichen Energie, Verkehr und Gesundheit – sowie an der digitalen Transformation.

„Wir haben eine Belegschaft, in der die meisten grundsätzlich schon ein Bewusstsein für Umwelt und Klima haben“, sagt Betriebsratsvorsitzende Sauer. „Aber auch hier muss man erklären, überzeugen und dranbleiben.“ Sie sei dennoch überzeugt, dass man die Themen auch in anderen Branchen und Betrieben unterbringen könne. Wichtig sei, sowohl Mitarbeiter:innen als auch Geschäftsführung mit an Bord zu holen. Nachhaltigkeit im Unternehmen dürfe weder als moralischer Appell von oben noch als individuelles Hobby einzelner Mitarbeitender erscheinen.

Ein zentrales Instrument dafür sind Beteiligungsformate. So wurde am AIT vor vier Jahren eine Mobilitätsumfrage zum Arbeitsweg der Mitarbeiter:innen gestartet. Das Ergebnis: An den Standorten Seibersdorf, Graz, Klagenfurt und Ranshofen nutzen die meisten dafür das Auto. Aber es zeigte sich auch eine Bereitschaft für Alternativen, wenn sie denn praktikabel sind.

Um weitere Ideen zu sammeln, richteten Sauer und Wepner ein digitales Ideenboard ein. Dort konnten Mitarbeitende Vorschläge einbringen: zu Arbeitswegen, Dienstreisen, Energieverbrauch oder Büroorganisation. Aus den Rückmeldungen und den daraus folgenden Gesprächen entstanden zahlreiche Initiativen, und die Geschäftsführung übernahm die Kosten: von der Einrichtung der Wien-Mobil-Radstation über einen jährlichen Fahrradcheck bis hin zur teilweisen Erstattung des Klimatickets bei Dienstreisen. Maßnahmen wie etwa Veranstaltungen nach Green-Event-Kriterien seien dabei doppelt effektiv, sagt Wepner: „Das hat auch eine Außenwirkung, etwa auf Geschäftspartner:innen, die zu Besuch kommen.“ Und das überzeuge dann auch Geschäftsführungen, für manche Maßnahmen und Produkte etwas mehr Budget freizugeben.

Besonders beliebt bei den Kolleg:innen sei der jährliche „Pflanzenumtopftag“. Interessierte bringen ihre Zimmerpflanzen, der Be-

triebsrat stellt Erde und Töpfe bereit, und dann wird zusammen umgepfanzt. „Auch das ist Bewusstseinsbildung“, sagt die gelernte Biologin Sauer. Das seien alles keine großen Würfe, doch sie würden zeigen: Man kann etwas bewegen.

Zwischen Einfluss und Grenzen

Das sieht man auch in den Biotechnologie-Laboren des AIT. Mitarbeitende hinterfragen dort den hohen Energie- und Ressourcenverbrauch ihrer Arbeitsplätze. Tiefkühlsysteme laufen rund um die Uhr, Einwegplastik ist Standard. Heute wird das Plastik sortenrein gesammelt und von einem Verein abgeholt, der es recycelt. Wo es möglich war, wurden Lagertemperaturen von RNA-Proben von –80 auf –70 Grad erhöht. Schaltbare Steckdosenleisten reduzieren den Stand-by-Verbrauch. „Das sind Initiativen, die von den Leuten selbst kommen“, erzählt Sauer. „Und genau deshalb funktionieren sie.“

Doch reicht das? Die kleinen Projekte, die betrieblichen Inseln, das Engagement Einzelner angesichts einer Klimakrise, die Lebensgrundlagen verändert, Ressourcenknappheit und soziale Ungleichheiten verschärft, während der CO₂-Ausstoß großer Emissionstreiber wie Verkehr oder fossile Energiewirtschaft bislang kaum sinkt?

„Natürlich wissen wir, dass das nur Tropfen auf dem heißen Stein sind“, sagt Sauer. Das Engagement stoße auch an seine Grenzen. Größere Hebel – etwa flächendeckende Jobtickets für den öffentlichen Verkehr oder verbindliche Dienstreiserichtlinien für mehr Zug statt Flugzeug – hängen von Budgets, steuerlichen Rahmenbedingungen und Infrastruktur ab. Bahnreisen dauern oft länger als Flüge und lassen sich nicht immer in Projektbudgets unterbringen.

„Man muss akzeptieren, dass nicht alles gleichzeitig geht“, sagt Sauer. Nichts zu tun sei aber auch keine Option. Kollegin Wepner spricht von einer „kleinen Rebellion“ – gegen den Rückzug und gegen das Warten auf bessere politische Zeiten. „Wenn man das System mit dem Brecheisen ändern will, scheitert man sowieso. Aber kleine Schritte halten das Thema offen.“

Auch WU-Nachhaltigkeitsexperte Martinuzzi hält kleine Maßnahmen in Betrieben für sinnvoll, denn sie bilden Bewusstsein und stärken die Bereitschaft für Veränderung. „Wenn ich im Büro mal vegetarisches Essen probiere und eine positive Erfahrung mache, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ich das auch in mein Privatleben integriere.“

Es ist mittlerweile Mittag am AIT-Standort in Wien. Mitarbeiter:innen gehen an den Wiesenflächen neben dem Gebäude vorbei zu ihren Fahrrädern. Die Maßnahmen, die Ursula Sauer und Beatrix Wepner gemeinsam mit Belegschaft und Geschäftsführung bereits umgesetzt haben, wirken im Gesamtbild. Und sie zeigen, welche Rolle Betriebsräte:innen spielen können, wenn politische Leitplanken schwächer werden: als Akteur:innen, die Themen im Betrieb halten, übersetzen und verankern – und dafür sorgen, dass Klimaschutz nicht einfach verschwindet, nur weil der Rückenwind nachlässt. ▶

Darf's ein bisschen mehr sein?

Alle Beiträge zum aktuellen
Schwerpunkt und zu anderen
Themen rund um die Arbeitswelt
finden Sie online unter
arbeit-wirtschaft.at.



FOKUS

Welche Themen beschäftigen den Betriebsrat derzeit



Michael Preyss

Zentralbetriebsratsvorsitzender
bei der ELIN GmbH

Als Betriebsrat höre ich vor allem zu – oft geht es bei den Beschäftigten um mehr als nur betriebliche Fragen: Teuerung, Existenzängste, schwache Konjunkturprognose und Sorgen um Jobs prägen viele Gespräche. Dazu kommen Ernüchterung über die KV-Abschlüsse, Verunsicherungen bezüglich Pensionen und große Frustration angesichts politischer Entscheidungen. Auch der Krieg in der Ukraine und dessen finanzielle Unterstützung sind immer wieder Thema.

Margit Luxner

Betriebsratsvorsitzende
im Altenwohnheim Kitzbühel

Neben Betriebsvereinbarungen und fairen, alters- und familiengerechten Arbeitszeiten beschäftigen uns als Betriebsrat vor allem die Sparmaßnahmen im Sozialbereich. In der Pandemie galt die Branche als unverzichtbar, nun fehlt plötzlich das Geld. Die Arbeitgeber:innen stehen in der Pflicht, sich stärker für ihre Beschäftigten einzusetzen und politischen Druck zu erzeugen.

Beschäftigen sich?

Die wirtschaftliche Situation Österreichs bleibt herausfordernd. Und das verursacht auch Sorgen in der Belegschaft der heimischen Betriebe. In solchen Zeiten zeigt sich, dass der Betriebsrat vor allem eines braucht: ein offenes Ohr.

RECHERCHE VANESSA KOVAR



Eva Eberhart

Betriebsratsvorsitzende
bei der Nordsee GmbH

In Hotellerie und Gastronomie dominiert massiver Fachkräftemangel. Beschäftigte übernehmen oft die Arbeit mehrerer Personen, Überstunden werden nicht korrekt bezahlt, Ruhezeiten missachtet. Die Folge sind Überlastung, viele Krankenstände und Druck bis ins Privatleben – und das in einer Branche mit generell schon niedrigen Einkommen. Gleichzeitig nehmen Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz zu.



Heinz Rammel

Zentralbetriebsratsvorsitzender
beim AMS

Aufgrund der anhaltenden Rezession, steigender Arbeitslosigkeit sowie laufender politischer Entscheidungen und Gesetzesänderungen – etwa bei Altersteilzeit, Weiterbildungsgeld und Zuverdiensteinschränkungen – bleibt die Lage im Betrieb angespannt. Für das AMS bedeutet dies einen permanenten Kampf um ausreichende finanzielle Mittel und genügend Personal.

„It's the mood, stupid!“

Die politische Debatte wird immer mehr von Emotionen getrieben, vor allem von negativen, sagt Politikexperte und Kommunikationsberater Thomas Hofer. Dabei würden sich viele Bürger:innen nach Botschaften der Hoffnung sehnen.

INTERVIEW ROBERT MISIK

Die Welt wird von schlechten Nachrichten dominiert. Krisendiagnosen herrschen vor, von eingetroübten wirtschaftlichen Aussichten über Budgetprobleme bis hin zu weltpolitischen Krisen. Die Stimmung ist von Negativismus bestimmt, rechte Populist:innen nützen dies und schüren diese Atmosphäre noch. Was bedeutet das für die politische Kommunikation der konstruktiven Kräfte? Darüber macht sich der Kommunikationsberater Thomas Hofer schon seit vielen Jahren Gedanken.

Arbeit&Wirtschaft: Herr Hofer, man hat den Eindruck, dass heute ganze Gesellschaften von einem Klima des Depressiven geprägt sind. Welche Auswirkung hat das?

Thomas Hofer: Die Stimmung ist in jedem Fall ein ganz zentraler Faktor in der Politik. Der alte Satz aus Bill Clintons Wahlkampagne, „It's the economy, stupid“, also dass die wirtschaftlichen Aussichten über einen Wahlsieg bestimmen, der stimmt längst nicht mehr. Heute gilt: „It's the mood, stupid!“ Joe Bidens ökonomische Bilanz war beachtlich, aber die Stimmung war eine andere, sodass sich Kamala Harris von der Bilanz nichts kaufen konnte.

Und in Österreich?

Da ist es ähnlich, auch wenn die Daten 2024 schlechter waren. Die aktuelle Regierung ist bemüht, strudelt sich ab, verzeichnet sogar kleine Erfolge, aber die Stimmung ist: Die tun nichts! Alles ist schlecht! Emotion war in der politischen Kommunikation immer zentral, aber sie koppelt sich mittlerweile von Fakten und der Realität ab. Ich bezeichne das Ergebnis als „Demokratie“. Donald Trump ist die Endausbaustufe dessen. Er beweist, dass man sich irgendwelche Zahlen, Daten, Fakten basteln kann, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben müssen.

„Demokratie“ heißt, die Gefühle dominieren. Aber es sind ja in aller Regel negative Emotionen, die geschürt werden, also reden wir nicht vielmehr von einer Dominanz des Negativen?

Etwas simplifizierend könnten wir sagen: Die politische Kommunikation kennt nur zwei Grundemotionen: Die eine ist Hoffnung, die andere ist Angst. Das Grundproblem ist: Angst lässt sich leichter schüren als Hoffnung. Für einen Hoffnungswahlkampf brauche ich eine:n tolle:n Kommunikator:in, eine Persönlichkeit, die

Hoffnung auch authentisch symbolisiert. Barack Obama war so einer.

Unsere Wirtschaftsprobleme sind real. Das Konsolidierungspaket der Regierung und die Sparpolitik sind real. Wie kommuniziere ich denn gewinnend ein Sparpaket?

Reformkommunikation ist die Königsdisziplin der politischen Kommunikation. Da sind schon die größten Kommunikator:innen gescheitert, selbst Gerhard Schröder und ein wenig auch Barack Obama in seiner zweiten Amtszeit. Aber ich denke schon, dass es geht. Das Problem der gegenwärtigen österreichischen Regierung wie auch der Vorgängerregierung ist, dass man zwar versucht, hier und dort ein Loch zu stopfen, aber sich das Gefühl durchsetzt, dass die Politik immer hinterherhinkt. Die Rahmenbedingungen sind schwierig. Aus meiner Sicht fehlt eine kommunikative Klammer, ein Narrativ.

Was könnte das sein?

Ein Beispiel: Wir haben die Energiedebatte, die immer negativ eingefärbt ist im Sinne von „zu hohen Energiekosten“, zugleich wird aber auch massiv investiert und viel getan, damit zumindest der Preisanstieg ge-



Thomas Hofer, 52, publizierte als Journalist in der Wochenzeitung „Falter“ und im Magazin „profil“. Nach Studien an der George Washington University in den USA wechselte er in die Kommunikationsbranche und gründete 2008 das Consultingunternehmen H&P Public Affairs.

„Der österreichischen Bundesregierung fehlt eine kommunikative Klammer, ein Narrativ.“

Thomas Hofer, Kommunikationsexperte

stoppt wird. Im Gesundheitssystem ist das ähnlich: Mal wird hier eine halbe Milliarde bewegt, mal dort. Man sagt aber nicht: Das ist das größte Infrastrukturpaket der Zweiten Republik, und wir haben ein Ziel, nämlich in 15 Jahren sowohl von Putins Erdgas als auch von US-amerikanischem Flüssigerdgas unabhängig zu sein. Es reicht nicht zu handeln, sondern man muss dieses Handeln kommunikativ in ein positives Ziel einbetten. Und diese Zieldefinition fehlt.

Wetten, die würde auch sofort von den meisten Medien niedergemacht ...?

Zweifellos wäre auch das keine Garantie für Erfolg – die gibt es nie. Aber mir fehlt dieser Überbau. Ich habe schon im März gesagt, dass die kommunikative Klammer der Dreierkoalition – nämlich das Postulat „Wir sind nicht Kickl“ – nicht sehr lange reichen wird. Man braucht ein Zukunftsbild. In Österreich zitiert man gerne fälschlicherweise Franz Vranitzky mit den Worten: „Wer Visionen hat, braucht einen Arzt.“ Das ist ein verhängnisvoller Satz, und Vranitzky hätte den auch nie so gesagt.

Unser System braucht aber am Ende Koalitionen und Kompromisse – und die sind für ambitionierte Ziele genauso Gift wie für eine Kommunikation aus einem Guss.

Natürlich, und das ist wahnsinnig hart. Es wird, wenn man eine Koalition mit zwei Partnern statt mit nur einem bildet, nicht doppelt so schwierig, es wird exponentiell

schwieriger. Aber es gibt auch Positives: Was diese Koalition richtig macht – oder jedenfalls 2025 richtig gemacht hat –, ist, dass man den anderen nicht dauernd in die Parade fährt. Man lässt sich wechselseitig Raum, lässt die anderen leben. Ich denke aber, das könnte 2026 komplizierter werden.

Warum?

Das Jahr 2025 war, auch wenn das komisch klingt, wohl das einfachste Jahr für diese Koalition, weil es keine bedeutenden Wahlen gab. 2026 gibt es zwar auch noch keine größeren Regionalwahlen, aber die Wahlen in Oberösterreich 2027 werden schon ihre Schatten vorauswerfen, dann kommen gleich Niederösterreich, Kärnten und Salzburg. Das steigert die Nervosität.

Der Balanceakt und das Finden von Kompromissen werden also schwieriger?

Der Kompromiss hatte in manchen Zeiten sogar ziemlich schlechte Karten. 2017 hat Sebastian Kurz gegen den Kompromiss kampagnisiert, im Sinne von: klare Kante statt fauler Kompromisse. Seither haben wir aus verschiedenen Gründen eine konfrontativer politische Zeit erlebt, sodass der Bundespräsident die Kultur des Kompromisses heute in seiner Kommunikation noch stärker hochhält als die Bundesregierung. Bundeskanzler Christian Stocker als – man hat ihm dieses Attribut zugeschrieben – „Buddha“ der Innenpolitik ist auch ein Gegenprogramm zur Gereiztheit.

Ist der Kompromiss etwas, mit dem man heute auch positiv werben könnte, also mit dem „Spirit des Kompromisses“?

Ich denke schon, aber es ist nicht einfach. Es herrschen eine Gereiztheit und eine Polarisierung, die auch von vielen Menschen als Belastung wahrgenommen werden. Zugleich glaube ich aber, dass es in der Meinungslandschaft schon eine breitere Basis gibt, als oft geglaubt wird.

Die Gesellschaft ist also gar nicht so gespalten?

Jedenfalls ist es nicht so, dass die Öffentlichkeit bei jedem Thema in 15 kontroverse Meinungen zerfällt. Die Medienkommunikation ist viel gespaltener. Wenn diese Spaltung gefühlt dominiert, eröffnet das aber auch einen Raum für politische Gegenkommunikation, die die Kultur des Kompromisses hochhält. Nur muss man definieren: Was ist ein Kompromiss? In Österreich besteht die Gefahr, dass es auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hinausläuft. Dann sind wir schnell beim faulen Kompromiss. Die Kunst wäre, neue Kompromisse zu finden, die einerseits die Unzufriedenheit adressieren und zugleich eine Weiterentwicklung der davor bestehenden Positionen bedeuten. So steigt dann auch keiner als „Verlierer“ aus. Was ich erstaunlich finde, ist, dass die Säulen dieser Republik sich oft nicht mehr zutrauen, offensiv zu sein. Man hat keinen Glauben mehr an die eigene kommunikative Wirkkraft.



Auf dem Weg zur „Emokratie“: Kommunikationsexperte Thomas Hofer beobachtet, dass sich die gesellschaftliche Stimmung immer mehr von Fakten abkoppelt.

Wo fällt Ihnen das auf?

Nur als Beispiel: Die Sozialpartnerschaft hat 2025 Lebenszeichen von sich gegeben und hat ein gutes Image. Aber dann brach die Wirtschaftskammer-Affäre auf, die zum Rücktritt von WKO-Präsident Harald Maher führte. Und sofort gab es aufgestautes Sozialpartner- und Kammer-Bashing, die Frage nach der Pflichtmitgliedschaft wurde substanzial diskutiert. Es gibt gute Argumente für eine Pflichtmitgliedschaft, auch für eine starke Kammer der Wirtschaftstreibenden: Die großen Konzerne können ihre Interessen immer vertreten, die Klein- und Mittelbetriebe kämen jedoch ohne gesetzliche Interessenvertretung unter die Räder. Aber wo hört man so eine selbstbewusste Kommunikation?

Die Arbeiterkammer hat in der Vergangenheit einen beeindruckenden Reformprozess hingelegt. Das Ergebnis: Im Vertrauensindex der Institutionen liegt sie heute auf Platz 4, also ganz weit oben, so in etwa bei der freiwilligen Feuerwehr. 64 Prozent der Menschen vertrauen der AK, der Wirtschaftskammer nur 8 Prozent.

Natürlich haben auch mehr Menschen mit der AK zu tun. Aber das ist trotzdem ein gutes Beispiel, denn die AK ist nach den

Affären der 1990er-Jahre richtig damit umgegangen und hat gesagt: Wir reformieren jetzt, setzen voll auf Service, kommunizieren offensiv, damit die Menschen sehen, wie nützlich wir sind. In der heutigen Zeit mit den neuen Strukturen der Kommunikation kommt aber noch etwas dazu: Es gibt etliche falsche Nachrichten, professionelle Negativkampagnen und Möglichkeiten, das Vertrauen zu untergraben. Institutionen wie die AK, aber auch die Gewerkschaften und das Netz an Betriebsräten sitzen auf einem großen Schatz: Sie verfügen über Nähe, den Direktkontakt zu Mitgliedern, in die Betriebe hinein, die vielen lokalen Verästelungen. Vertrauen entsteht durch Nähe. Eigentlich sitzen diese Institutionen der Sozialpartnerschaft auf einer kommunikativen Goldmine.

Die mediale Kommunikation stiftet heute also vornehmlich Unfrieden, während Direktkommunikation und Nähe Vertrauen schaffen?

Absolut. Das gilt auch für die klassischen Medien, die sich in einer Krise befinden. Sie müssen sich auf ihre Ursprungstugenden besinnen, auf Recherche, auf die der Wahrheit verpflichtete Aufklärung. Wenn Menschen das Gefühl haben, dieser Quelle kann ich vertrauen, ist das ebenfalls ein Schatz in ei-

ner Ära der „unsozialen Medien“. Das spielt aktuell ja der „Identitätspolitik“ verschiedener Seiten in die Hände: Viele nutzen die nachvollziehbare Verunsicherung der Menschen aus. In ökonomischen Drucksituationen gerät auch die eigene Identität unter Druck. Daraus entstehen Abstiegsängste. Die Frage ist, wo sich der Frust ein Ventil sucht: in der Abgrenzung gegenüber anderen oder in der lösungsorientierten Suche nach einer Verbesserung der Situation?

Wenn es Botschaften der Hoffnung bräuchte: Was sind denn da aus den vergangenen Jahren Beispiele, die ein Vorbild sein könnten?

Es gibt nicht so viele Beispiele des Gelingens in jüngster Zeit – die Obama-Wahlkämpfe sind schon eine Weile her, und auch er ist mit vielem gescheitert. Aber ich möchte unterstreichen, dass in Österreich trotz gefühlter gewachsener Polarisierung die Mitte unserer Gesellschaft noch breit ist. Was meine ich mit Mitte? Weniger die politische Landkarte als eine Mentalität. Die Mitte der Gesellschaft sind Menschen, die für unterschiedliche Argumente grundsätzlich offen sind, die sich noch eine Meinung bilden wollen. Diesen Vorteil haben zurzeit nicht alle. ▶

Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit

Sozialforscherin, Politikerin und antifaschistische Widerstandskämpferin: Die Wienerin Käthe Leichter wählte nie den einfachen Weg. Das Porträt einer Pionierin.

TEXT MAGDALENA MIEDL

Immer sind es die Frauen, die ungelernten, rasch ersetzen Arbeitskräfte, die von jeder Konjunkturschwankung zuerst getroffen – zuerst wieder beschäftigt, zuerst wieder arbeitslos gemacht werden“, schreibt Käthe Leichter 1929. Sie ist zu dem Zeitpunkt seit vier Jahren Leiterin des neu gegründeten Frauenreferats der Arbeiterkammer und innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sehr angesehen. Otto Bauer, für den sie zuvor gearbeitet hat, zählt sie zu „den gescheitesten Menschen in der Partei“. Sie ist eine der ersten Frauen, die in Österreich Staatswissenschaften studiert haben, 1918 hat sie beim bedeutenden Wissenschaftler Max Weber in Heidelberg promoviert.

Leichter, geboren 1895, kommt aus dem jüdisch-liberalen Bildungsbürgertum. Sie ist die tiefgläubige Lieblingstochter eines Rechtsanwalts, „ein Milieu, in dem auch Mädchen Bildungschancen bekommen“, so die Historikerin Gabriella Hauch, emeritierte Professorin für Frauen- und Geschlechterforschung, im Interview. Trotz ihrer Privilegien wächst Leichter in Wien mit einem kritischen Blick auf die desolaten sozialen Verhältnisse in der Habsburgermonarchie auf. Während des Kriegs unterrichtet sie als Studentin verwahrloste Buben aus dem Döblinger Bezirksteil Krim, deren Alltag zwischen Prügelstrafe und der Versorgung jüngerer Geschwister kaum Freiraum lässt. Diese Erfahrung prägt sie nachhaltig. 1921 heiratet sie den Juristen Otto Leichter, den sie in der sozialistischen Student:innenbewegung kennengelernt hat.

Trotz ihres Ansehens trifft Käthe Leichter innerhalb der Partei nicht nur auf Gegenliebe. Ihre Herkunft, ihre teils linksextremen Positionen und ihr Doktortitel „waren Faktoren, die ihr Engagement innerhalb der Organisationen der Arbeiter:innenbewegung mit Vorurteilen gegen die Trias jüdisch/intellektuell/weiblich begleiteten“, so Hauch. So sehr sich Leichter wehrt, als Frauenrechtlerin wahrgenommen zu werden, ist sie auch in der eigenen Arbeit mit Diskriminierung konfrontiert, wenn das Thema der Frauenarbeit etwa bei Parteitagen selbstverständlich auf den zweiten Platz verwiesen wird. Der Antisemitismus in der eigenen Partei schlägt sich in gehässigen Bemerkungen nieder. Leichter versucht, ihn zu ignorieren.

Im AK-Frauenreferat ist sie mit den „Problemen der Frauenarbeit“ befasst, doch die Datenlage ist unzureichend, was Fragen wie Heimarbeit, Kinderbetreuung oder Wohnsituation betrifft. Leichter geht das Problem praktisch an: Mitarbeiterinnen schwärmen aus, um mittels Fragebögen die Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeiterinnen zu erheben. Im Rahmen von vier Studien zwischen 1927 und 1933 gelingt ein bahnbrechend-



Bis März widmet sich noch eine Sonderausstellung dem Leben der sozialistischen Pionierin: „Käthe Leichter. Und die Vermessung der Frauen“ im Waschsalon Karl-Marx-Hof in Wien (www.dasrotewien-waschsalon.at).

der Perspektivenwechsel: Es geht um Arbeiterinnen nicht nur als Forschungsobjekte, die Frauen werden selbst als Expertinnen über ihre Lebenserfahrungen befragt. Die Ergebnisse der Studien sind erschütternd: Die strukturelle Normalität elender Quartiere und unerträglicher Arbeitsbedingungen wird hier erstmals spezifisch in Bezug auf Frauen sichtbar. Zentral ist das 1930 von Leichter herausgegebene „Handbuch der Frauenarbeit in Österreich“, bei dem über 60 Autorinnen mitwirken.

Es ist ein Wissen, das Leichter später zwar dazu befähigt, zu verstehen, warum Frauen für die Nationalsozialisten stimmen – ohne jedoch in der Position zu sein, rechtzeitig daraus politische Schlüsse zu ziehen. Als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise sind etwa Kollektivverträge und Arbeitslosengeld eingeschränkt worden, Ehefrauen berufstätiger Männer wird mit dem Kampfbegriff „Doppelverdienertum“ die Arbeit untersagt. 1932 erreichen die Nationalsozialisten bereits 17 Prozent der Stimmen. Eine „Sozialistische Kampfschrift“, die Leichter zugeschrieben wird, wendet sich daraufhin direkt an Wählerinnen. Unter der wenig diplomatischen Anrede „Ihr dummen Ziegen!“ warnt der Text, die Aufgaben der Frau im Dritten Reich seien „Kuschen und Kinderkriegen – Kinderkriegen zum Massenmord!“.

Nach den Februarkämpfen 1934 verlieren beide Leichters ihre Arbeit und wechseln in den Widerstand gegen den Austrofaschismus. Ihr Haus wird zum Treffpunkt, was zunächst unbeobachtet bleibt. Mit dem „Anschluss“ 1938 ist es damit aber vorbei. Der wegen seiner illegalen politischen und publizistischen Arbeit für die Sozialdemokratische Partei exponiertere Otto Leichter flieht nach Paris, wohin er die Söhne Heinz und Franz nachholt. Käthe Leichter glaubt, noch Zeit für eine legale Ausreise zu haben. Sie wird jedoch verraten und am 30. Mai 1938 verhaftet. 1940 wird sie ins Konzentrationslager Ravensbrück deportiert. Alle Bemühungen um ihre Befreiung bleiben vergebens. 1942 wird sie in der NS-Tötungsanstalt Bernburg (Sachsen-Anhalt) ermordet.

Das Paradiesversprechen ihrer Religion, die in ihrer Jugend so wichtig ist, wird bei Leichter abgelöst durch die Utopie, dass der Sozialismus eine Gerechtigkeit herstellen kann, die es bisher nicht gegeben hat – vor allem nicht für Frauen, die beim Leitsatz der Revolution von 1848 („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“) ohnehin nie mitgedacht waren. Leichter ist eine der Ersten, die klar formulieren, dass die Utopie auch für Frauen gelten muss. ▶

Omar pocht auf sein Recht

**Wie sich von Ausbeutung Betroffene zur Wehr setzen können:
Der Verein UNDOK berät und begleitet Menschen, die in Österreich
undokumentiert arbeiten. Denn auch für sie gilt das Arbeitsrecht.**

TEXT EDGAR SUBAK



Endlich! Omar bekommt einen positiven Asylbescheid. Bis dahin hat er in Österreich undokumentiert gearbeitet, also ohne Papiere, in einem Schlachthof. Omar heißt in Wirklichkeit anders. Er hofft, dass sich seine Situation nun verbessern wird. Doch auch nach seiner offiziellen Anmeldung bei der Sozialversicherung muss er oft länger arbeiten als vereinbart. Mehr Lohn bekommt er auch nicht. Als er nach einem schweren Arbeitsunfall von seinem Arbeitgeber gezwungen wird, weiterzuarbeiten, wird ihm klar: So kann es nicht weitergehen. Zuerst wendet Omar sich an die Arbeiterkammer. Schließlich kommt er zu UNDOK, der Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender. Mit ihrer Hilfe bekommt er einen Teil seines ausständigen Lohns ausbezahlt.

Teil der Gewerkschaft

Omar ist einer der vielen Menschen, die der gemeinnützige Verein UNDOK in den vergangenen Jahren beim Einfordern ihrer Rechte begleitete. UNDOK berät Menschen ohne EU-Pass, die keinen freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt haben und doch hier arbeiten (müssen). In informellen Arbeitsbeziehungen werden sie oft von ihren Arbeitgeber:innen ausgebeutet. Häufig sind die Betroffenen Asylwerber:innen oder Studierende aus Drittstaaten, also aus Ländern, die nicht der EU bzw. dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören.

Ausschnitt aus dem Comic „Hallo Kollege – alles OK?“ von Happy Akegbeleye, Petja Dimitrova und Sandra Stern.

Das von Katarzyna Winiecka geleitete Team besteht aus fünf Mitarbeiterinnen. UNDOK bietet juristische Beratung, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und widmet sich der aufsuchenden Arbeit, bei der Kontakt zu Communitys oder anderen Beratungseinrichtungen aufgebaut wird, in denen sich potenziell ausgebeutete Menschen bewegen. Der Sitz der NGO ist in der Zentrale des ÖGB im zweiten Wiener Gemeindebezirk. Finanziert wird sie vom Arbeits- und Sozialministerium, auch AK und Teilgewerkschaften beteiligen sich.

Immer montags und mittwochs können Betroffene in die offene und Dolmetsch-gestützte Beratung kommen und auch anonym ihre Situation schildern. 2024 haben rund 200 Personen das Angebot entweder persönlich, schriftlich oder telefonisch genutzt. Die Menschen kommen mit den unterschiedlichsten Herausforderungen: Neben ausbleibendem oder viel zu niedrigem Lohn können es fehlende Schutzstandards sein, Scheinselbstständigkeit oder Drohungen von Arbeitgeber:innen. Betroffene wissen oft nicht ausreichend über ihre Rechte Bescheid, was Arbeitgeber:innen ausnutzen. Fest steht: Arbeiten ohne Papiere bedeutet nicht, dass das Arbeitsrecht nicht gilt.

Für UNDOK ist die oberste Priorität, Klient:innen Orientierung zu geben und sich für den rechtlichen Schutz dieser vulnerablen Personengruppe einzusetzen. Seit der Gründung 2014 lautet eine zentrale Forderung: Undokumentiert Arbeitende sollen während eines arbeits- oder sozialrechtlichen Verfahrens einen gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen. Seit 2018 wird sie auch vom ÖGB mitgetragen.

Das Selbstverständnis vieler Gewerkschaften umfasste ursprünglich die Vertretung regulär Beschäftigter sowie das Herstellen von Mindeststandards in Bezug auf Arbeitsbedingungen. Dabei hat die Organisation von Menschen ohne (ausreichende) Papiere bereits eine lange Geschichte. Inspiriert wurde die UNDOK-Gründung von den US-amerikanischen „Worker Centers“, die in den 1970er- und 1980er-Jahren entstanden sind, erklärt Politologe Michel Jungwirth von der Universität Bayreuth, der sich in seiner Masterarbeit mit UNDOK befasste. Prekar beschäftigte Arbeiter:innen aus dem Niedriglohnbereich, die von den Gewerkschaften nicht aufgefangen wurden, organisierten in den USA niedrigschwellige Beratungen. Zielgruppe waren auch damals meistens Migrant:innen. Diese „Arbeiter:innenzentren“ unterstützten Betroffene nicht nur beim Eintreten für ihre Arbeitsrechte, sondern auch im Kampf um gesellschaftliche Teilhabe und Einbürgerung. Sie verstanden sich als aktivistisches Sprachrohr.

Aktivist:innen waren auch bei der Gründung von UNDOK wesentlich beteiligt. Begonnen hat alles mit einem Arbeitskreis aus Gewerkschaftsvertreter:innen und Aktivist:innen, der sich mit dem Thema der undokumentierten Arbeit beschäftigte und 2014 in die Gründung des Vereins und damit der UNDOK-Anlaufstelle mündete.

In der Geschichte der Arbeitnehmer:innenvertretung waren Gewerkschaften migrantischen Arbeitskräften gegenüber nicht

immer aufgeschlossen. Dass diese oft im Niedriglohnsektor prekär und undokumentiert arbeiten, wurde lange nicht ausreichend beachtet. „Migration und Gewerkschaften verbindet eine lange, ambivalente Geschichte. Die Einbindung migrantischer Beschäftigter in Gewerkschaften war erfolgreicher als ihr gewerkschaftlicher Schutz vor Ausbeutung und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft“, sagt UNDOK-Geschäftsleiterin Winiecka. „Als kleine NGO in breiter Allianz ziehen wir heute mit dem ÖGB, der AK und einzelnen Teilgewerkschaften an einem Strang. Diese und viele weitere Akteur:innen sind Teil des UNDOK-Verbands.“

Gegen Lohn- und Sozialdumping

Ausbeutung habe nicht nur für Betroffene weitreichende Folgen, sie wirke sich auch auf die Allgemeinheit aus, betont Winiecka. Durch nicht bezahlte Steuern und Sozialversicherungsabgaben gehen dem Staat Einnahmen verloren, nach Schätzungen der AK in Milliardenhöhe.

Auf die Frage, wie man auf Betroffene aufmerksam werden könne, sagt Winiecka: „Schaut genauer hin! Wenn ihr Leiharbeiter:innen oder Beschäftigte aus Subunternehmen an eure Seite gestellt bekommt, geht auf sie zu. Wenn etwa Reinigungskräfte oder Lieferant:innen isoliert arbeiten, sucht den Kontakt, fragt, wie es ihnen geht, bietet Unterstützung an.“ Das könnte auch bedeuten, Betroffene an UNDOK zu vermitteln. Dort kann ihnen in einem geschützten Umfeld eine erste Beratung oder auch präventive Information geboten werden.

Informieren steht neben individueller Beratung an erster Stelle, in unterschiedlicher Form: Zum zehnjährigen Bestehen im Jahr 2024 stellte UNDOK etwa im Foyer der ÖGB-Zentrale die Geschichte der Organisation undokumentiert Arbeitender im Comic-Format aus. Auf YouTube und der Website (www.undok.at) teilt man Infos in diversen Sprachen. Auch einen Arbeitszeitkalender stellt die NGO zur Verfügung, mit dem Arbeitsstunden dokumentiert und später als Beweismittel verwendet werden können. Denn nach einer außergerichtlichen Einforderung offener Lohnansprüche kommt es regelmäßig vor, dass Arbeitgeber:innen behaupten, die Person hätte nie für sie gearbeitet.

„Jeder erfolgreiche Einzelfall ist wichtig“, betont Winiecka abschließend. Doch die Hürden bei der Durchsetzung von Arbeitsrechten für Betroffene seien hoch, es brauche auch gesetzliche Maßnahmen, „um Schutz und Gerechtigkeit für alle Arbeitnehmer:innen sicherzustellen“. ▶

& INFO

Dieser Artikel ist aus einer gemeinsamen Recherche mit dem Südwind-Magazin entstanden. Mehr über die Arbeit von UNDOK lesen Sie hier: suedwind-magazin.at.



Erste-Hilfe-Koffer für den Start

Wer frisch in den Betriebsrat gewählt wird oder darin eine neue Funktion übernimmt, sieht sich mit neuen Aufgaben konfrontiert. Worauf sollte man achten? Wie bringt man Schwung und Gemeinschaft in das Betriebsratsteam? Und welche rechtlichen Grundlagen gilt es zu berücksichtigen? In dem Seminar bekommen Sie das Rüstzeug für einen guten Start in Ihrer neuen Rolle in der Belegschaftsvertretung. (Präsenz-Angebot)

Für: Arbeitnehmer:innenvertretung mit ÖGB-Mitgliedschaft

Wo: Bildungszentrum der AK Wien (BIZ), 1040 Wien

09.03.2026: 10.00–17.00 Uhr

10.03.2026: 09.00–17.00 Uhr

11.03.2026: 09.00–14.00 Uhr



Populismus enttarnt

Populistische Politiker:innen stellen weltweit demokratische Grundprinzipien infrage und arbeiten an der Demontage gesellschaftlicher Solidarität. Grund- und Mitbestimmungsrechte werden so auch in der Arbeitswelt angegriffen. Dieses Seminar beschäftigt sich mit der Frage, wie sich rechtsextreme Politik und Populismus äußern und welche Gefahren davon ausgehen. (Präsenz-Angebot)

Für: Arbeitnehmer:innenvertretung mit ÖGB-Mitgliedschaft

Wo: Bildungszentrum der AK Wien (BIZ), 1040 Wien

12.03.2026: 10.00–17.00 Uhr

13.03.2026: 09.00–17.00 Uhr



Konflikte als Chance sehen?

Ob man will oder nicht: Konflikte sind immer wieder Bestandteil des Alltags- und Arbeitslebens. Sie können aber auch notwendige Veränderungen und Fortschritte anregen. Welche Modelle zu ihrer Entstehung und welche Werkzeuge der Konfliktbearbeitung es gibt, vermittelt dieses Seminar unter anderem anhand von Praxisbeispielen und Erfahrungsaustausch. (Präsenz-Angebot)

Für: Arbeitnehmer:innenvertretung mit ÖGB-Mitgliedschaft

Wo: Bildungszentrum der AK Wien (BIZ), 1040 Wien

10.03.2026: 10.00–17.00 Uhr

11.03.2026: 09.00–17.00 Uhr

12.03.2026: 09.00–13.00 Uhr



Wissenswertes aus dem ...



Angriff auf den Datenschutz

Über ein Rechtspaket steht derzeit die Aufweichung bestehender Gesetze aus dem Digitalbereich im Raum: Mit dem „digitalen Omnibus“ der EU-Kommission könnte die Verwendung schützenswerter Daten (wie Gewerkschaftszugehörigkeit, Religion, Gesundheit oder sexuelle Orientierung) gelockert werden. Und das Gesetzesvorhaben enthält noch weitere Vorschläge, die eine Verschlechterung für Beschäftigte bedeuten können.



Clara Fritsch

Abteilung Grundlagen, Arbeit und Technik, GPA



2026: Neue Wege für die Wirtschaft

Österreich kämpft mit ökonomischen Herausforderungen, von steigender Arbeitslosigkeit über sinkende Produktivität und galoppierende Teuerung bis hin zum Budgetdefizit. Zwar zählt das Land noch immer zu den besten Sozialstaaten und attraktivsten Wirtschaftsstandorten der Welt, doch das Erfolgsmodell bröckelt. Es ist höchste Zeit, den Kompass neu auszurichten: Sechs Ankerpunkte sind bei der Neuorientierung zentral.



Matthias Schnetzer

Abteilung Wirtschaftswissenschaft & Statistik, AK Wien



Wer zahlt, schafft an?

Demokratie beruht auf dem Prinzip „Eine Person, eine Stimme“, entwickelt sich jedoch zunehmend Richtung „Ein Euro, eine Stimme“. Politische Spenden, Medienbesitz und Philanthropie konzentrieren sich bei wenigen Vermögenden, deren Interessen überproportional Gehör finden. Was man dagegen tun kann, erörtert Julia Cagé im A&W-Blog und bei einer Veranstaltung am 10.03.2026 im AK-Bildungsgebäude, 1040 Wien.



Julia Cagé

Professorin für Wirtschaft an der Sciences Po, Paris



www.awblog.at



WIR FORDERN!

Das Bruttoinlandsprodukt“, so der einstige US-Präsidentenchaftskandidat Bobby Kennedy, „misst alles, außer dem, was das Leben lebenswert macht“. Natürlich ist diese Formulierung aus den späten 1960er-Jahren zugespitzt, aber ein Fünkchen Wahrheit steckt schon darin.

Für die Messung der Lebensqualität in einem Land ist die Wirtschaftsleistung nur *ein* Aspekt. Klar ist, dass der materielle Wohlstand relevant ist, aber die Frage seiner Verteilung ist mindestens ebenso wichtig. Eine wirtschaftliche Absicherung hilft wenig, wenn die ökologischen Lebensbedingungen menschenfeindlich sind. Erwerbsarbeit ist nicht nur ein notwendiges Übel, sondern gibt auch Anerkennung und ermöglicht einen Austausch mit anderen.

Kurz gesagt: Der gesamtgesellschaftliche Wohlstand ist viel mehr als die materielle Wirtschaftsleistung. Und trotzdem drehen sich die Debatten rund um Wirtschaftsprognosen in Zeitungen, Nachrichten und sozialen Medien hauptsächlich um diese eine omnipräsente Zahl, das BIP, das doch so vieles außen vor lässt.

MICHAEL ERTL und DANIEL WITZANI-HAIM sind als Ökonomen in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien und als Lekto-ren u. a. an der WU Wien tätig.

Wir fordern eine Verbreiterung der Perspektive, die die materiellen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Vorbilder dafür sind der AK-Wohlstandsbericht oder auch das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO). In den Konjunkturprognosen des WIFO gibt es abseits der Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung auch Indikatoren zur Einkommensungleichheit und Armut, zur Entwicklung der Treibhausgase sowie zum Stand und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Eine solide Datenbasis dafür ist essenziell, dafür braucht es auch ausreichend Ressourcen für Institutionen wie die Statistik Austria.

Gerade jetzt ist es wichtig, den Fokus nicht zu verengen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute verkündeten vor Weihnachten „Licht am Ende des Tunnels“ und eine expandierende Wirtschaft. Gleichzeitig zeichnen andere wichtige Indikatoren ein düsteres Bild: Die Einkommensungleichheit in Österreich ist auf dem Höchststand der letzten 20 Jahre, die Arbeitslosigkeit steigt weiter an, und die Treibhausgasemissionen sind 2025 sogar gestiegen statt gesunken.

Wirtschaftsprognosen sind eine unentbehrliche Entscheidungsgrundlage für politisches Handeln – sowohl in der öffentlichen Budgetplanung als auch bei Lohnverhandlungen. Umso wichtiger ist eine breite Perspektive. Politische Maßnahmen sollten demnach immer darauf abzielen, dass der gesamtgesellschaftliche Wohlstand gesteigert wird – und nicht nur das BIP. ▶



Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag



JETZT BESTELLEN!



Arbeitsverfassungsgesetz in Frage und Antwort

Gerhard Bremm

Ratgeber | 7. Auflage 2026 | 480 Seiten | EUR 39,00
ISBN: 978-3-99046-745-9

Das Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) ist bereits seit mehr als 50 Jahren eines der wichtigsten Gesetze im österreichischen kollektiven Arbeitsrecht. Regelungen zum Kollektivvertragsrecht, zum betriebsrätslichen Organisationsrecht und insbesondere zu den Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmervertreter:innen selbst zeigen auf einen Blick die Bedeutung und Wichtigkeit des ArbVG. Der Ratgeber richtet sich in seiner neuen Auflage besonders an Betriebsräatinnen und Betriebsräte, aber auch an alle in der Praxis mit dem ArbVG konfrontierten Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwender, die eine tägliche und rasche Unterstützung zur Lösung von Rechtsfragen und betrieblichen Problemlagen suchen.



JETZT BESTELLEN!



Betriebsratsfonds

Michael Geiblinger (Hrsg.), Manfred-Georg Korn, Dominik Freynhofer, Christian Dunst

Gesetze und Kommentare | ÖGB-Verlag 2025 | 400 Seiten | EUR 69,00
ISBN: 978-3-99046-767-1

Die Mittel des Betriebsratsfonds dienen unter anderem zur Deckung der Geschäftsführungskosten des Betriebsrates, zur Errichtung und Erhaltung von Wohlfahrteinrichtungen und zur Durchführung von Wohlfahrtsmaßnahmen zugunsten der Arbeitnehmer:innenschaft.

Doch: Wie entsteht ein Betriebsratsfonds? Woher stammen die finanziellen Mittel? Was darf im Detail mit den Geldern des Betriebsratsfonds gemacht werden? Wer verwaltet und kontrolliert den Betriebsratsfonds?

Diese Fragen und noch viele weitere Themen werden vom Herausgeber und den Autoren erklärt und erläutert.

Blumen zahlen keine Miete

Der 8. März ist ein Kampftag – es ist der Internationale Frauentag!

Frauen verdienen in Österreich im Schnitt 16,27 Prozent weniger als Männer.
Das sind über 10.000 Euro im Jahr. Dabei ist das Gesetz klar:
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Gleichberechtigung passiert nicht von selbst:

- › Reden wir über Geld!
- › Kämpfen wir für faire Bezahlung!
- › Schaffen wir Arbeitszeiten, die zum Leben passen!
- › Bauen wir flächendeckend Kinderbetreuung und Pflege aus!

Mach auch du mit und erzähle uns von deinen Erfahrungen.
Jetzt auf: www.oegb.at/frauentag



GEWERKSCHAFTS
FRAUEN OGB

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue bzw. richtige Anschrift mit

Straße/Gasse _____ Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür _____
Postleitzahl _____ Ort _____

AW